

Landtagswahlordnung 1995

**Entwurf,
der einer Bürgerbegutachtung unterzogen wurde**

**Gesetz vom über die Wahl des Burgenländischen Landtages
(Landtagswahlordnung 1995 - LTWO 1995)**

Der Landtag hat beschlossen:

**I. Hauptstück
Wahlausschreibung, Wahlkreise, Wahlsprengel, Wahlbehörden**

**1. Abschnitt
Mitgliederzahl, Wahlausschreibung, Wahlkreise**

§ 1

Mitgliederzahl, Wahlausschreibung, Wahltag, Stichtag

(1) Der Landtag des Burgenlandes besteht aus 36 Mitgliedern, die nach den Bestimmungen dieses Landesgesetzes gewählt werden.

(2) Die Wahl ist von der Landesregierung durch Verordnung im Landesgesetzblatt für das Burgenland auszuschreiben. Als Tag der Wahlausschreibung gilt der Tag der Herausgabe des betreffenden Stückes des Landesgesetzblattes.

(3) Die Verordnung über die Wahlausschreibung hat zu enthalten:
1. den Wahltag; dieser ist auf einen Sonntag oder anderen öffentlichen Ruhetag festzusetzen;
2. den Stichtag; dieser darf nicht vor dem Tag der Wahlausschreibung liegen.

(4) Die Verordnung der Landesregierung über die Wahlausschreibung ist in den Gemeinden durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen sowie ortsüblich bekanntzumachen, wenn dies notwendig oder zweckmäßig ist.

§ 2

Wahlkreise

(1) Für die Wahl in den Landtag ist das Burgenland in sieben Wahlkreise eingeteilt.

(2) Die Wahlkreise umfassen folgende Gebiete:
Wahlkreis 1: den politischen Bezirk Neusiedl am See;
Wahlkreis 2: die Städte mit eigenem Statut Eisenstadt und Rust sowie den politischen Bezirk Eisenstadt-Umgebung;
Wahlkreis 3: den politischen Bezirk Mattersburg;
Wahlkreis 4: den politischen Bezirk Oberpullendorf;
Wahlkreis 5: den politischen Bezirk Oberwart;
Wahlkreis 6: den politischen Bezirk Güssing;
Wahlkreis 7: den politischen Bezirk Jennersdorf.

§ 3

Zahl der Mandate in den Wahlkreisen

(1) In jedem Wahlkreis gelangen so viele Mandate zur Verteilung, wie die Berechnung gemäß den Abs. 2 bis 4 ergibt.

(2) Die Zahl der Staatsbürger, die nach dem endgültigen Ergebnis der jeweils letzten Ordentlichen oder Außerordentlichen Volkszählung im Burgenland ihren Hauptwohnsitz hatten, ist durch die Zahl 36 zu teilen, wobei dieser Quotient auf drei Dezimalstellen zu berechnen ist. Er bildet die Verhältniszahl.

(3) Jedem Wahlkreis werden so viele Mandate zugewiesen, wie die Verhältniszahl (Abs. 2) in der Zahl der Staatsbürger, die im Wahlkreis ihren Hauptwohnsitz hatten, enthalten ist.

(4) Können auf diese Weise noch nicht alle 36 Mandate aufgeteilt werden, so sind die gemäß Abs. 3 zu ermittelnden Quotienten auf je drei Dezimalstellen zu berechnen. Die restlichen Mandate erhalten zusätzlich die Wahlkreise, bei denen sich der Reihenfolge nach die größten Dezimalreste ergeben. Sind hierbei die Dezimalreste bei zwei oder mehreren Wahlkreisen gleich groß, so erhalten diese Wahlkreise je ein restliches Mandat, es sei denn, daß es sich um die Zuweisung des letzten der 36 Mandate handelt. Hätten auf die Zuweisung dieses letzten Mandates infolge gleich hoher Dezimalreste zwei oder mehrere Wahlkreise den gleichen Anspruch, so entscheidet über die Frage, welchem Wahlkreis dieses letzte restliche Mandat zufällt, das Los.

§ 4

Verlautbarung der Mandatszahlen

(1) Die Zahl der auf jeden Wahlkreis gemäß § 3 entfallenden Mandate ist vom Landeshauptmann unmittelbar nach endgültiger Feststellung des Ergebnisses der jeweils letzten Ordentlichen oder Außerordentlichen Volkszählung zu ermitteln und im Landesgesetzblatt für das Burgenland kundzumachen.

(2) Die so kundgemachte Verteilung der Mandate ist allen Wahlen des Landtages zugrunde zu legen, die vom Wirksamkeitsbeginn der Kundmachung an bis zur Verlautbarung der Kundmachung der Mandatsverteilung auf Grund der jeweils nächsten Ordentlichen oder Außerordentlichen Volkszählung stattfinden.

2. Abschnitt

Wahlsprengel, Wahlbehörden

§ 5

Wahlsprengel

(1) Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern und Gemeinden mit großer räumlicher Ausdehnung können nach Bedarf in zwei oder mehrere Wahlsprengel eingeteilt werden.

(2) Für jeden Ortsverwaltungsteil (§ 1 Abs. 3 Burgenländische Gemeindeordnung, LGBl.Nr. 37/1965, in der jeweils geltenden Fassung) und jeden Stadtbezirk (§ 2 Abs. 2 Eisenstädter Stadtrecht, LGBl.Nr. 38/1965, in der jeweils geltenden Fassung bzw. Ruster Stadtrecht, LGBl.Nr. 39/1965, in der jeweils geltenden Fassung) ist wenigstens ein Wahlsprengel einzurichten.

(3) Die Festsetzung und Abgrenzung der Wahlsprengel ist vom Bürgermeister vorzunehmen. Die Anzahl der Wahlsprengel und die Bezeichnung derselben sind mit der Kundmachung der Verordnung der Landesregierung über die Wahlausschreibung (§ 1 Abs. 4) zu verlautbaren.

§ 6

Durchführung und Leitung der Wahl

(1) Zur Durchführung und Leitung der Wahl sind die Wahlbehörden berufen. Sie werden vor jeder Wahl neu gebildet und bleiben bis zur Ausschreibung der nächsten Landtagswahl im Amt.

(2) Die Wahlbehörden haben die Geschäfte zu besorgen, die ihnen nach diesem Gesetz zukommen. Sie entscheiden auch in allen Fragen, die sich in ihrem Bereich über das Wahlrecht und dessen Ausübung oder sonst bei der Durchführung der Wahl ergeben. Die Wahlleiter haben neben den ihnen durch dieses Gesetz ausdrücklich übertragenen Aufgaben auch die Sitzungen der Wahlbehörden vorzubereiten und deren Beschlüsse durchzuführen.

(3) Den Wahlbehörden werden durch den Wahlleiter die notwendigen Hilfskräfte und Hilfsmittel aus dem Stande des Amtes, dem er vorsteht, oder von dessen Vorstand er bestellt wird, zugewiesen.

§ 7

Mitglieder der Wahlbehörden

(1) Die Wahlbehörden bestehen aus einem Vorsitzenden als Wahlleiter oder seinem Stellvertreter sowie einer Anzahl von Beisitzern. Für jeden Beisitzer ist für den Fall seiner Verhinderung auch ein Ersatzmitglied zu berufen.

(2) Mitglieder der Wahlbehörden können nur Personen sein, die das Wahlrecht zum Landtag besitzen. Personen, die diesem Erfordernis nicht entsprechen, scheiden aus der Wahlbehörde aus. Die nicht den Vorsitz führenden Stellvertreter sowie die Ersatzmitglieder, die bei der Beschlußfähigkeit und bei der Abstimmung nicht berücksichtigt werden, sind den Mitgliedern der Wahlbehörden im übrigen gleichzuhalten.

(3) Das Amt des Mitgliedes einer Wahlbehörde ist ein öffentliches Ehrenamt, zu dessen Annahme jeder Wahlberechtigte verpflichtet ist, der im Amtsbereich der Wahlbehörde, bei Sprengelwahlbehörden und Sonderwahlbehörden im Amtsbereich der Gemeindevahlbehörde, seinen Wohnsitz (§ 24) hat.

§ 8

Gemeindewahlbehörden

- (1) Für jede Gemeinde ist eine Gemeindewahlbehörde zu bilden.
- (2) Die Gemeindewahlbehörde besteht aus dem Bürgermeister oder einem vom ihm zu bestellenden ständigen Vertreter als Vorsitzenden und Gemeindewahlleiter sowie aus sechs Beisitzern, die in der Gemeinde wahlberechtigt sein müssen.
- (3) Der Bürgermeister hat für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Gemeindewahlleiters auch einen Stellvertreter zu bestellen.

§ 9

Sprengelwahlbehörden

- (1) In Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, ist für jeden Wahlsprengel eine Sprengelwahlbehörde zu bilden. Die Gemeindewahlbehörde kann in einem der Wahlsprengel auch die Geschäfte der Sprengelwahlbehörde versehen.
- (2) Die Sprengelwahlbehörde besteht aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden als Sprengelwahlleiter sowie aus drei Beisitzern, die in der Gemeinde wahlberechtigt sein müssen.
- (3) Der Bürgermeister hat für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Sprengelwahlleiters einen Stellvertreter zu bestellen.

§ 10

Sonderwahlbehörden

- (1) Für jede Gemeinde ist wenigstens eine Sonderwahlbehörde zu bilden. Die Festsetzung der Anzahl und Abgrenzung des Tätigkeitsbereiches der Sonderwahlbehörden ist vom Bürgermeister vorzunehmen und mit der Kundmachung der Verordnung der Landesregierung über die Wahlausschreibung (§ 1 Abs. 4) zu verlautbaren. Die Sonderwahlbehörden dürfen den örtlichen Wirkungsbereich der Gemeinde nicht überschreiten.
- (2) Die Sonderwahlbehörde besteht aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden als Sonderwahlleiter sowie aus drei Beisitzern, die in der Gemeinde wahlberechtigt sein müssen.
- (3) Der Bürgermeister hat für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Sonderwahlleiters einen Stellvertreter zu bestellen.

§ 11

Bezirkswahlbehörden

(1) Für jeden politischen Bezirk und jede Stadt mit eigenem Statut ist eine Bezirkswahlbehörde zu bilden.

(2) Die Bezirkswahlbehörde besteht aus dem Bezirkshauptmann, in Städten mit eigenem Statut aus dem Bürgermeister oder einem von ihnen zu bestellenden ständigen Vertreter als Vorsitzenden und Bezirkswahlleiter sowie aus sechs Beisitzern.

(3) Der Bezirkshauptmann, in Städten mit eigenem Statut der Bürgermeister, hat für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Bezirkswahlleiters einen Stellvertreter zu bestellen.

(4) Die Bezirkswahlbehörde hat ihren Sitz am Amtsort des Bezirkswahlleiters.

(5) Die Mitglieder der Bezirkswahlbehörden dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder von Gemeindewahlbehörden sein.

(6) Den Bezirkswahlbehörden obliegt die Aufsicht über die Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden.

§ 12

Kreiswahlbehörden

Die Bezirkswahlbehörden für den politischen Bezirk Neusiedl am See, Eisenstadt-Umgebung, Mattersburg, Oberpullendorf, Oberwart, Güssing und Jennersdorf sind zugleich Kreiswahlbehörden für ihre Wahlkreise. Die Bezirkswahlleiter in diesen Bezirken sind zugleich Kreiswahlleiter.

§ 13

Landeswahlbehörde

(1) Am Sitz der Landesregierung ist eine Landeswahlbehörde zu bilden.

(2) Die Landeswahlbehörde besteht aus dem Landeshauptmann oder einem von ihm zu bestellenden ständigen Vertreter als Vorsitzenden und Landeswahlleiter sowie aus zwölf Beisitzern, von denen drei ihrem Beruf nach dem richterlichen Stand angehören oder angehört haben.

(3) Der Landeshauptmann hat für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Landeswahlleiters einen Stellvertreter zu bestellen.

(4) Die Mitglieder der Landeswahlbehörde dürfen keiner anderen Wahlbehörde angehören.

(5) Die Landeswahlbehörde führt die Oberaufsicht über alle anderen Wahlbehörden.

§ 14

Frist zur Bestellung der Sprengelwahlleiter, der Sonderwahlleiter, der ständigen Vertreter und der Stellvertreter, Angelobung, Wirkungskreis der Wahlleiter

(1) Die Sprengelwahlleiter, die Sonderwahlleiter, die gemäß §§ 8 Abs. 2, 11 Abs. 2 und 13 Abs. 2 zu bestellenden ständigen Vertreter sowie alle für den Fall einer vorübergehenden Verhinderung zu berufenden Stellvertreter der Wahlleiter sind spätestens am achten Tag nach dem Stichtag zu ernennen, es sei denn, daß es sich um die Ernennung dieser Organe bei Wahlbehörden handelt, deren Bildung aus einem der im § 15 Abs. 5 angeführten Gründe erst nachträglich unabweislich geworden ist.

(2) Vor Antritt ihres Amtes haben die gemäß Abs. 1 ernannten Organe über Aufforderung desjenigen, der ihre Bestellung vorgenommen hat, oder eines von diesem Beauftragten durch die Worte "Ich gelobe" strenge Unparteilichkeit und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten zu geloben.

(3) Bis zur Konstituierung der Wahlbehörden haben die Wahlleiter (Stellvertreter) alle unaufschiebbaren Geschäfte, die diesen Wahlbehörden obliegen, zu besorgen und insbesondere auch Eingaben entgegenzunehmen.

(4) Nach der Konstituierung der Wahlbehörden haben deren Vorsitzende (Stellvertreter) ihre bisherigen Verfügungen den Wahlbehörden zur Kenntnis zu bringen und sodann alle Geschäfte zu führen, die nicht den Wahlbehörden selbst gemäß § 6 Abs. 2 zur Entscheidung vorbehalten sind.

(5) Den Organen, welche Sprengelwahlleiter, Sonderwahlleiter, ständige Vertreter oder für den Fall der Verhinderung bestimmte Stellvertreter in den Wahlbehörden bestellen können, steht es jederzeit frei, die Berufenen aus der Wahlbehörde zurückzuziehen und durch neue ersetzen zu lassen.

§ 15

Einbringung der Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzmitglieder

(1) Die Beisitzer und Ersatzmitglieder, die nicht dem richterlichen Stand angehören oder angehört haben, werden auf Grund von Vorschlägen der wahlwerbenden Parteien unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 82 Abs. 3 bis 5 nach ihrer bei der letzten Landtagswahl im Bereich der jeweiligen Wahlbehörde, bei Sprengelwahlbehörden und Sonderwahlbehörden im Bereich der Gemeinde, festgestellten Stärke berufen.

(2) Die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Landeswahlbehörde werden von der Landesregierung, die der Bezirkswahlbehörden vom Landeswahlleiter und die der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden vom Bezirkswahlleiter berufen.

(3) Die Vertrauensleute der Parteien haben spätestens am zehnten Tag nach dem Stichtag Vorschläge über die gemäß Abs. 1 zu bestellenden Beisitzer und Ersatzmitglieder der Wahlbehörden zu erstatten. Die Vorschläge für die Bildung der Landeswahlbehörde und der Bezirkswahlbehörden sind an den Landeswahlleiter und für die Bildung der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden an den Bezirkswahlleiter zu richten.

(4) Als Beisitzer und Ersatzmitglieder können nur Personen vorgeschlagen werden, die den Vorschriften des § 7 Abs. 2 entsprechen.

(5) Verspätet einlangende Vorschläge sind nicht zu berücksichtigen, es sei denn, daß es sich um Wahlbehörden handelt, deren nachträgliche Bildung durch Änderungen in den Wahlsprengeln, in den Gemeindegebieten oder in den politischen Bezirken unabweislich geworden ist.

(6) Bestehen Zweifel, ob eine einen Vorschlag erstattende Person die Partei tatsächlich vertritt, so ist sie, falls der Vorschlag nicht bereits von wenigstens einhundert Wahlberechtigten unterschrieben ist, aufzufordern, den Vorschlag binnen einer Frist von zwei Tagen zu ergänzen.

(7) Wird ein Vorschlag auf Berufung von Beisitzern und Ersatzmitgliedern nicht rechtzeitig erstattet oder ergänzt, so haben die im Abs. 2 genannten Behörden die erforderliche Zahl von Beisitzern (Ersatzmitgliedern) nach eigenem Ermessen unter Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse der Parteien zu berufen.

(8) Scheiden aus einer Wahlbehörde Beisitzer (Ersatzmitglieder) aus oder üben sie ihr Amt aus irgend einem Grunde, ausgenommen die vorübergehende Verhinderung, nicht aus, so sind die Parteien, die den Vorschlag für deren Berufung erstattet haben, aufzufordern, binnen einer Frist von drei Tagen neue Vorschläge zu erstatten. Auch steht es den Parteien, die Vorschläge für die Berufung von Beisitzern und Ersatzmitgliedern erstattet haben, jederzeit frei, die Berufenen aus der Wahlbehörde zurückzuziehen und durch neue ersetzen zu lassen.

(9) Die Wahlleiter haben die Namen der Mitglieder der Wahlbehörden unverzüglich nach ihrer Bildung ortsüblich kundzumachen.

§ 16

Konstituierung der Wahlbehörden

(1) Spätestens am 21. Tag nach dem Stichtag haben die von ihren Vorsitzenden einzuberufenden Wahlbehörden ihre konstituierende Sitzung abzuhalten.

(2) In dieser Sitzung haben die Beisitzer und Ersatzmitglieder vor Antritt ihres Amtes über Aufforderung des Vorsitzenden der Wahlbehörde durch die Worte "Ich gelobe" strenge Unparteilichkeit und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten zu geloben. Das gleiche Gelöbnis haben auch Beisitzer und Ersatzmitglieder abzulegen, die nach der konstituierenden Sitzung in die Wahlbehörde berufen werden.

§ 17

Entsendung von Vertrauenspersonen

Hat eine Partei gemäß § 15 Abs. 1 keinen Anspruch auf Berufung eines Beisitzers, so ist sie, falls sie im zuletzt gewählten Landtag vertreten ist, berechtigt, in jede Wahlbehörde höchstens zwei Personen als ihre Vertrauenspersonen zu entsenden. Die Vertrauenspersonen sind zu den Sitzungen der Wahlbehörde einzuladen. Sie nehmen an den Verhandlungen ohne Stimmrecht teil. Im übrigen finden die Bestimmungen der §§ 7 Abs. 2, 15 Abs. 2 bis 5, 8 und 9 sowie 16 Abs. 2 sinngemäß Anwendung.

§ 18

Beschlußfähigkeit der Wahlbehörden

(1) Die Wahlbehörden sind beschlußfähig, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und wenigstens zwei Drittel der Beisitzer oder Ersatzmitglieder anwesend sind.

(2) Die Wahlbehörden entscheiden mit Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende stimmt nicht mit. Bei Stimmgleichheit gilt jedoch die Anschauung als zum Beschluß erhoben, der er beitrifft.

(3) Ersatzmitglieder werden bei der Beschlußfassung und bei der Abstimmung nur dann berücksichtigt, wenn die Beisitzer, für die sie als Ersatzmitglieder bestellt sind, an der Ausübung ihres Amtes verhindert sind.

§ 19

Selbständige Durchführung von Amtshandlungen durch den Wahlleiter

(1) Wenn ungeachtet der ordnungsgemäßen Einberufung eine Wahlbehörde, insbesondere am Wahltag, nicht in beschlußfähiger Anzahl zusammentritt oder während einer Amtshandlung beschlußunfähig wird und deren Dringlichkeit einen Aufschub nicht zuläßt, hat der Wahlleiter die Amtshandlung selbständig durchzuführen. In diesem Fall hat er nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse der Parteien Vertrauensleute heranzuziehen.

(2) Das gleiche gilt für alle Amtshandlungen einer Wahlbehörde, die überhaupt nicht zusammentreten kann, weil von keiner Partei Vorschläge gemäß § 15 auf Berufung von Beisitzern (Ersatzmitgliedern) eingebracht wurden.

II. Hauptstück

Wahlrecht, Wählbarkeit, Erfassung der Wahlberechtigten

1. Abschnitt

Wahlrecht, Wählbarkeit

§ 20

Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, am Stichtag das 18. Lebensjahr vollendet haben, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind und in einer Gemeinde des Burgenlandes den Wohnsitz (§ 24) haben.

(2) Ob die Voraussetzungen nach Abs. 1 zutreffen, ist nach dem Stichtag (§ 1 Abs. 3) zu beurteilen.

§ 21

Wählbarkeit

Wählbar sind alle nach § 20 wahlberechtigten Männer und Frauen, die am Stichtag (§ 1 Abs. 3) das 19. Lebensjahr vollendet haben.

§ 22

Wahlausschließungsgründe

(1) Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Dieser Ausschluß endet nach sechs Monaten. Die Frist beginnt, sobald die Strafe vollstreckt ist und mit Freiheitsentzug verbundene vorbeugende Maßnahmen vollzogen oder weggefallen sind; ist die Strafe nur durch Anrechnung einer Vorhaft verbüßt worden, so beginnt die Frist mit Rechtskraft des Urteils.

(2) Ist nach anderen gesetzlichen Bestimmungen der Eintritt von Rechtsfolgen ausgeschlossen, sind die Rechtsfolgen erloschen oder sind dem Verurteilten alle Rechtsfolgen oder der Ausschluß vom Wahlrecht nachgesehen worden, so ist er auch vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen. Der Ausschluß vom Wahlrecht tritt ferner nicht ein, soweit das Gericht die Strafe bedingt nachgesehen hat. Wird die bedingte Nachsicht widerrufen, so tritt mit dem Tag der Rechtskraft dieses Beschlusses der Ausschluß vom Wahlrecht ein.

2. Abschnitt

Erfassung der Wahlberechtigten

§ 23

Wählerverzeichnisse

(1) Die zum Landtag Wahlberechtigten sind in Wählerverzeichnisse einzutragen. Die Wählerverzeichnisse sind von den Gemeinden auf Grund der Landes-Wählerevidenz (§ 2

Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz, LGBl.Nr.) anzulegen und haben die aus dem Muster in Anlage 1 ersichtlichen Angaben zu enthalten.

(2) Die Wählerverzeichnisse sind in Gemeinden, die nicht in Wahlsprengel eingeteilt sind, nach dem Namensalphabet der Wahlberechtigten, wenn aber eine Gemeinde in Wahlsprengel eingeteilt ist, nach Wahlsprengeln und gegebenenfalls nach Ortschaften, Straßen und Hausnummern anzulegen.

(3) Die Anlegung der Wählerverzeichnisse obliegt den Gemeinden im übertragenen Wirkungsbereich.

§ 24

Ort der Eintragung in das Wählerverzeichnis (Verfassungsbestimmung)

(1) Jeder Wahlberechtigte ist in das Wählerverzeichnis der Gemeinde einzutragen, in der er am Stichtag (§ 1 Abs. 3) seinen Wohnsitz hat.

(2) Der Wohnsitz einer Person im Sinne dieses Gesetzes ist jedenfalls an dem Ort begründet, an dem sie ihren Hauptwohnsitz hat.

(3) Liegt ein Hauptwohnsitz im Burgenland nicht vor, so ist der Wohnsitz einer Person im Sinne dieses Gesetzes auch an dem Ort begründet, welchen sie zu einem Mittelpunkt ihrer wirtschaftlichen, beruflichen, familiären oder gesellschaftlichen Lebensverhältnisse gemacht hat, wobei zumindest zwei dieser Kriterien erfüllt sein müssen. Dabei genügt es, daß der Ort nur bis auf weiteres zu diesem Mittelpunkt frei gewählt worden ist.

(4) Ein Wohnsitz gilt jedenfalls dann nicht als begründet, wenn der Aufenthalt

1. bloß der Erholung oder Wiederherstellung der Gesundheit dient,
2. lediglich zu Urlaubszwecken gewählt wurde oder
3. aus anderen Gründen offensichtlich nur vorübergehend ist.

(5) Wahlberechtigte, die zum ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst einberufen oder zum ordentlichen oder außerordentlichen Zivildienst zugewiesen werden, sind, außer im Fall der Verlegung ihres Wohnsitzes während der Leistung des Präsenzdienstes oder des Zivildienstes, in das Wählerverzeichnis der Gemeinde einzutragen, in der sie vor dem Zeitpunkt, für den sie einberufen oder zugewiesen wurden, ihren Wohnsitz hatten.

(6) Ist ein Wahlberechtigter im Wählerverzeichnis mehrerer Orte (Gemeinden, Wahlsprengel) eingetragen, so ist er unverzüglich aus dem Wählerverzeichnis, in das er zu Unrecht eingetragen wurde, zu streichen. Hievon sind der Wahlberechtigte und die Gemeinde, in deren Wählerverzeichnis er zu verbleiben hat, unverzüglich zu verständigen.

§ 25

Auflegung des Wählerverzeichnisses

(1) Am 21. Tag nach dem Stichtag hat die Gemeinde das Wählerverzeichnis in einem allgemein zugänglichen Amtsraum durch zehn Tage während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen, wobei auch an Samstagen, Sonn- und Feiertagen für mindestens zwei Stunden Gelegenheit zur Einsichtnahme geboten werden muß.

(2) Die Auflegung des Wählerverzeichnisses ist vom Bürgermeister vor Beginn der Einsichtsfrist durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen sowie ortsüblich bekanntzumachen, wenn dies notwendig oder zweckmäßig ist. Die Kundmachung hat Beginn und Ende der Einsichtsfrist, die für die Einsichtnahme bestimmten Stunden, die Bezeichnung der Amtsräume, in denen das Wählerverzeichnis aufliegt und Einsprüche eingebracht werden können, und die Bestimmungen des § 27 Abs. 1, 2 und 3 erster und zweiter Satz zu enthalten.

(3) Vom ersten Tag der Auflegung an dürfen Änderungen im Wählerverzeichnis nur mehr auf Grund des Einspruchs- und Berufungsverfahrens vorgenommen werden. Ausgenommen hievon sind Streichungen gemäß § 24 Abs. 6, die Behebung von offenbar ausschließlich auf technisch mangelhaftem Betrieb einer automationsunterstützten Datenverarbeitungsanlage beruhenden Unrichtigkeit in den Eintragungen von Wahlberechtigten, die Behebung von Formgebrechen und die Berichtigung von Schreibfehlern und dergleichen.

§ 26

Ausfolgung von Abschriften an die Parteien

(1) Den im Landtag vertretenen Parteien sowie anderen Parteien, die sich an der Wahlwerbung beteiligen wollen, sind auf ihr Verlangen spätestens am ersten Tag der Auflegung des Wählerverzeichnisses Abschriften desselben gegen Ersatz der Kosten auszufolgen.

(2) Die Antragsteller haben dieses Verlangen bei der Gemeinde spätestens am achten Tag nach dem Stichtag zu stellen. Die Anmeldung verpflichtet zur Bezahlung von 50 vH der beiläufigen Herstellungskosten. Die restlichen Kosten sind beim Bezug der Abschriften zu entrichten.

(3) Unter denselben Voraussetzungen sind auch allfällige Nachträge zum Wählerverzeichnis auszufolgen.

§ 27

Einsprüche

(1) Innerhalb der Einsichtsfrist (§ 25 Abs. 1) kann jeder Staatsbürger, der entweder im Wählerverzeichnis eingetragen ist oder für sich das Wahlrecht in der Gemeinde in Anspruch nimmt, unter Angabe seines Namens und der Wohnadresse gegen das Wählerverzeichnis

wegen Aufnahme vermeintlich Nichtwahlberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Wahlberechtigter mündlich oder schriftlich Einspruch erheben.

(2) Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis sind, falls sie schriftlich eingebracht werden, für jeden Einzelfall gesondert einzubringen. Einsprüche müssen beim Gemeindeamt (Magistrat) vor Ablauf der Einsichtsfrist erhoben werden oder einlangen.

(3) Hat der Einspruch das Aufnahmebegehren eines vermeintlich Wahlberechtigten zum Gegenstand, sind auch die zur Begründung notwendigen Belege, insbesondere ein vom vermeintlich Wahlberechtigten ausgefülltes Wähleranlageblatt (Muster Anlage 1 Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz), anzuschließen. Wird im Einspruch die Streichung eines vermeintlich Nichtwahlberechtigten begehrt, ist der Grund hierfür anzugeben. Alle Einsprüche, auch mangelhaft belegte, sind von der Gemeinde entgegenzunehmen und weiterzuleiten.

(4) Die Gemeinde hat die Personen, gegen deren Aufnahme in das Wählerverzeichnis Einspruch erhoben wurde, hievon spätestens am Tag nach dem Einlangen des Einspruches unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Gründe nachweislich zu verständigen. Dem Betroffenen steht es frei, mündlich oder schriftlich Einwendungen an die Gemeindegewahlbehörde zu erheben. Einwendungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie binnen vier Tagen nach Zustellung der Verständigung beim Gemeindeamt (Magistrat) einlangen oder vorgebracht werden.

(5) Die Namen der Einspruchswerber unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

§ 28

Entscheidung über Einsprüche

(1) Über Einsprüche hat die Gemeindegewahlbehörde binnen sechs Tagen nach Ende der Einsichtsfrist (§ 25 Abs. 1) mit Bescheid zu entscheiden. § 7 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl.Nr. 51/1991, zuletzt geändert mit Bundesgesetz BGBl.Nr. 471/1995, findet Anwendung. Der Bescheid ist dem Einspruchswerber sowie dem durch die Entscheidung Betroffenen nachweislich zuzustellen.

(2) Verspätet eingelangte Einsprüche sind von der Gemeindegewahlbehörde zurückzuweisen.

§ 29

Berufungen

(1) Gegen die Entscheidung der Gemeindegewahlbehörde kann der Einspruchswerber sowie der von der Entscheidung Betroffene binnen zwei Tagen nach Zustellung der Entscheidung schriftlich die Berufung beim Gemeindeamt (Magistrat) einbringen.

(2) Die Gemeinde hat den Berufungsgegner von der eingebrachten Berufung unverzüglich nachweislich mit dem Beifügen zu verständigen, daß es ihm freisteht, innerhalb

von zwei Tagen nach Zustellung der Verständigung in die Berufung Einsicht und zu den Berufungsgründen Stellung zu nehmen.

(3) Die Gemeinde hat sodann die Berufung samt allen Unterlagen unverzüglich der Bezirkswahlbehörde vorzulegen; diese hat binnen vier Tagen nach Einlangen der Berufung zu entscheiden. Die Entscheidung ist der Gemeindewahlbehörde, dem Berufungswerber und dem von der Entscheidung Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

(4) Gegen die Entscheidung der Bezirkswahlbehörde ist eine weitere Berufung nicht zulässig.

(5) Die §§ 27 Abs. 2 und 3 und 28 Abs. 2 sind sinngemäß anzuwenden.

§ 30

Richtigstellung des Wählerverzeichnisses

Erfordert die Entscheidung (§§ 28 und 29 Abs. 3) eine Richtigstellung des Wählerverzeichnisses, so hat die Gemeinde nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung sofort die Richtigstellung des Wählerverzeichnisses unter Anführung der Entscheidungsdaten durchzuführen. Handelt es sich um die Aufnahme eines vorher im Wählerverzeichnis nicht enthaltenen Wahlberechtigten, ist sein Name am Schluß des betreffenden Wählerverzeichnisses mit der dort folgenden fortlaufenden Zahl anzuführen. An der Stelle des Wählerverzeichnisses, an der er ursprünglich einzutragen gewesen wäre, ist auf die fortlaufende Zahl der neuen Eintragung hinzuweisen.

§ 31

Abschluß des Wählerverzeichnisses

(1) Nach Beendigung des Einspruchs- und Berufungsverfahrens hat die Gemeinde das Wählerverzeichnis abzuschließen.

(2) Das abgeschlossene Wählerverzeichnis ist der Wahl zugrunde zu legen.

§ 32

Ausübung des Wahlrechtes

(1) An der Wahl nehmen nur Wahlberechtigte teil, deren Namen im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthalten sind.

(2) Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme. Er kann Wahlwerbern jener Partei, die er wählt, bis zu drei Vorzugsstimmen geben.

(3) Jeder Wahlberechtigte übt sein Wahlrecht grundsätzlich in dem Ort (Gemeinde, Wahlsprengel) aus, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist.

(4) Wahlberechtigte, die im Besitze einer Wahlkarte sind, können ihr Wahlrecht auch außerhalb dieses Ortes ausüben.

(5) Wahlberechtigte, die infolge Bettlägerigkeit aus Alters-, Krankheits- oder sonstigen Gründen unfähig sind, ihr Wahlrecht in einem Wahllokal auszuüben, können mit Bewilligung der Gemeinde ihr Wahlrecht vor einer Sonderwahlbehörde jener Gemeinde, von der der Wahlberechtigte nach seinem Wohnsitz in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, ausüben. Die Erteilung der Bewilligung ist spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag mündlich oder schriftlich bei jener Gemeinde zu beantragen, von der der Wahlberechtigte nach seinem Wohnsitz in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde. Beim mündlichen Antrag ist die Identität durch ein Dokument nachzuweisen, beim schriftlichen Antrag kann die Identität auch auf andere Art glaubhaft gemacht werden. Der Antrag hat zu enthalten:

1. die glaubhafte Angabe, aus welchen Gründen das Wahlrecht nicht in einem Wahllokal ausgeübt werden kann,
2. die genaue Angabe des Aufenthaltes des Antragstellers am Wahltag, unter genauer Bezeichnung der Aufenthaltsräumlichkeiten.

(6) Die Gemeinde hat bei Vorliegen der im Abs. 5 genannten Voraussetzungen die Bewilligung zur Ausübung des Wahlrechtes vor der Sonderwahlbehörde zu erteilen.

(7) Die Erteilung der Bewilligung ist im Wählerverzeichnis in der Rubrik "Anmerkung" bei dem betreffenden Wahlberechtigten mit den Worten "Bewilligung gemäß § 32 Abs. 6" in auffälliger Weise (zB mittels Buntstiftes) zu vermerken.

(8) Die Gemeinde hat spätestens zwei Tage vor dem Wahltag sämtliche gemäß Abs. 6 erteilten Bewilligungen in ein besonderes Verzeichnis (Muster Anlage 2) unter genauer Angabe des Aufenthaltsortes und der Aufenthaltsräumlichkeiten des Wahlberechtigten einzutragen und der Sonderwahlbehörde zu übermitteln.

3. Abschnitt Wahlkarten

§ 33

Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte

Wähler, die sich voraussichtlich am Wahltag an einem anderen Ort (Gemeinde, Wahlsprenkel) als dem ihrer Eintragung in das Wählerverzeichnis aufhalten werden und deshalb ihr Wahlrecht nicht ausüben könnten, haben Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte.

§ 34

Ausstellung der Wahlkarte

(1) Die Ausstellung der Wahlkarte ist bei der Gemeinde, von der der Wahlberechtigte nach seinem Wohnsitz in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag mündlich oder schriftlich zu beantragen. Beim mündlichen Antrag ist die

Identität durch ein Dokument nachzuweisen, beim schriftlichen Antrag kann die Identität auch auf andere Art glaubhaft gemacht werden.

(2) Die Wahlkarte ist als Briefumschlag herzustellen und hat auf der Vorderseite den in der Anlage 3 ersichtlichen Aufdruck zu tragen.

(3) Wird dem Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte stattgegeben, so ist neben der Wahlkarte auch ein amtlicher Stimmzettel (§ 56) auszufolgen. Dieser ist in den im Abs. 2 genannten Briefumschlag zu legen. Der Briefumschlag ist zu verschließen und dem Antragsteller auszufolgen. Der Antragsteller hat den Briefumschlag sorgfältig zu verwahren und am Wahltag ungeöffnet dem Wahlleiter zu überreichen.

(4) Duplikate für abhanden gekommene oder unbrauchbar gewordene Wahlkarten oder amtliche Stimmzettel dürfen von der Gemeinde nicht ausgefolgt werden.

(5) Die Ausstellung der Wahlkarte ist im Wählerverzeichnis in der Rubrik "Anmerkung" bei dem betreffenden Wähler mit dem Wort "Wahlkarte" in auffälliger Weise (zB mittels Buntstiftes) zu vermerken.

(6) Die Zahl der ausgestellten Wahlkarten ist nach Ablauf der im Abs. 1 vorgesehenen Frist im Wege der Bezirkswahlbehörde unverzüglich telefonisch der Kreiswahlbehörde bekanntzugeben. Die Kreiswahlbehörde hat die Zahl der in ihrem Bereich ausgestellten Wahlkarten ebenfalls unverzüglich, spätestens jedoch zwei Tage vor dem Wahltag, der Landeswahlbehörde bekanntzugeben.

III. Hauptstück Wahlbewerbung

§ 35

Einbringung, Unterstützung, Inhalt der Kreiswahlvorschläge

(1) Wahlwerbende Parteien haben ihren Wahlvorschlag für das erste Ermittlungsverfahren (Kreiswahlvorschlag) spätestens am 30. Tag vor dem Wahltag bis 13 Uhr der Kreiswahlbehörde vorzulegen. Diese hat auf dem Wahlvorschlag den Tag und die Uhrzeit seines Einlangens zu vermerken.

(2) Der Kreiswahlvorschlag muß von wenigstens einem Mitglied des Landtages unterschrieben oder von fünfmal soviel Personen als im Wahlkreis Mandate zu vergeben sind (§ 3) unterstützt sein, die am Stichtag in einer Gemeinde des Wahlkreises als wahlberechtigt in der Landes-Wählerevidenz eingetragen sind.

(3) Dem Kreiswahlvorschlag sind die nach Muster Anlage 4 ausgefüllten und gemäß Abs. 4 eigenhändig unterfertigten Unterstützungserklärungen anzuschließen.

(4) Die Unterstützungserklärung (Anlage 4) hat die Bestätigung der Gemeinde zu enthalten, daß die in der Erklärung genannte Person am Stichtag in der Landes-Wählerevidenz als wahlberechtigt eingetragen war. Diese Bestätigung ist von der Gemeinde nur dann zu erteilen, wenn die in der Erklärung genannte Person vor der zur Führung der

Landes-Wählerevidenz zuständigen Gemeindebehörde persönlich erscheint, ihre Identität durch ein mit Lichtbild ausgestattetes Identitätsdokument (zB Reisepaß, Personalausweis, Führerschein, Postausweis udgl.) nachgewiesen hat, die Unterstützungserklärung die Angaben über Vor- und Familienname, Geburtsdatum und Wohnadresse sowie den Namen der zu unterstützenden wahlwerbenden Partei enthält und die eigenhändige Unterschrift der in der Unterstützungserklärung genannten Person entweder vor der Gemeindebehörde geleistet wurde oder gerichtlich oder notariell beglaubigt ist.

(5) Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Bestätigung gemäß Abs. 4 unverzüglich auszufertigen. Eine solche Bestätigung darf für eine Person nur einmal ausgestellt werden.

(6) Der Kreiswahlvorschlag hat zu enthalten:

1. die unterscheidende Parteibezeichnung in Worten und eine allfällige Kurzbezeichnung, bestehend aus nicht mehr als fünf Buchstaben, die ein Wort ergeben können;
2. die Parteiliste, das ist ein Verzeichnis von höchstens doppelt so vielen Bewerbern, wie im Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind, in der beantragten, mit arabischen Ziffern bezeichneten Reihenfolge unter Angabe des Familien- und Vornamens, Geburtsjahres, Berufes und der Adresse jedes Bewerbers;
3. die Bezeichnung des zustellungsbevollmächtigten Vertreters (Familien- und Vorname, Beruf, Adresse).

(7) In den Wahlvorschlag darf ein Bewerber nur dann aufgenommen werden, wenn er hiezu seine Zustimmung schriftlich erklärt hat. Die Erklärung ist dem Wahlvorschlag anzuschließen. Ein Bewerber darf nicht auf mehreren Kreiswahlvorschlägen gleichzeitig aufscheinen.

(8) Die Kreiswahlbehörde hat Abschriften der bei ihr eingebrachten Kreiswahlvorschläge unverzüglich der Landeswahlbehörde vorzulegen. Desgleichen sind auch nachträgliche Änderungen, die in den gemäß § 40 Abs. 1 veröffentlichten Kreiswahlvorschlägen berücksichtigt wurden, der Landeswahlbehörde unverzüglich zu berichten.

(9) Der Landeswahlleiter hat die Kreiswahlvorschläge dahin zu prüfen, ob ein Bewerber in mehreren Kreiswahlvorschlägen aufscheint. Ist dies der Fall, hat der Landeswahlleiter diesen Bewerber aufzufordern, spätestens am 22. Tag vor dem Wahltag zu erklären, für welchen Kreiswahlvorschlag er sich entscheidet. Auf allen anderen Kreiswahlvorschlägen wird er gestrichen. Wenn er sich in der vorgesehenen Frist nicht erklärt, wird er auf dem als ersten bei der Kreiswahlbehörde eingelangten Kreiswahlvorschlag, der seinen Namen trug, belassen.

§ 36

Unterscheidende Parteibezeichnung

(1) Wenn mehrere Kreiswahlvorschläge dieselben oder schwer unterscheidbare Parteibezeichnungen tragen, so hat der Kreiswahlleiter die Vertreter dieser Wahlvorschläge zu einer gemeinsamen Besprechung zu laden und ein Einvernehmen über die Unterscheidung der Parteibezeichnung anzubahnen. Gelingt ein Einvernehmen nicht, so hat die Kreiswahlbehörde Parteibezeichnungen, die auf schon veröffentlichten Wahlvorschlägen bei einer Landtagswahl

innerhalb der letzten zehn Jahre enthalten waren, zu belassen, die übrigen Kreiswahlvorschläge aber nach dem an erster Stelle vorgeschlagenen Bewerber zu benennen. Desgleichen sind auch Kreiswahlvorschläge ohne ausdrückliche Parteibezeichnung nach dem an erster Stelle vorgeschlagenen Bewerber zu benennen.

(2) Wenn ein Kreiswahlvorschlag nach dem an erster Stelle vorgeschlagenen Bewerber zu benennen ist (Namensliste), der Name des Listenführers aber dem Namen des Listenführers einer anderen Parteiliste gleicht oder von diesem schwer unterscheidbar ist, hat der Kreiswahlleiter den Vertreter dieses Wahlvorschlages zu einer Besprechung zu laden und ihn aufzufordern, einen anderen Listenführer zu bezeichnen, dessen Name zu einer Verwechslung nicht Anlaß gibt. Wird in einem solchen Fall kein anderer Listenführer namhaft gemacht, so gilt der Kreiswahlvorschlag als nicht eingebracht.

(3) Im übrigen gilt der Grundsatz, daß bei neu auftretenden wahlwerbenden Parteien die Parteibezeichnung der wahlwerbenden Partei den Vorrang hat, die ihren Kreiswahlvorschlag früher eingebracht hat.

§ 37

Kreiswahlvorschlag ohne zustellungsbevollmächtigten Vertreter

(1) Wenn ein Kreiswahlvorschlag keinen zustellungsbevollmächtigten Vertreter anführt, so gilt der jeweils an erster Stelle des Kreiswahlvorschlages stehende Bewerber als zustellungsbevollmächtigter Vertreter der Partei.

(2) Die Partei kann den zustellungsbevollmächtigten Vertreter jederzeit durch einen anderen Vertreter ersetzen. Solche an die Kreiswahlbehörde zu richtenden Erklärungen bedürfen nur der Unterschrift des letzten zustellungsbevollmächtigten Vertreters. Stimmt dieser nicht zu oder ist er nach Ansicht der Kreiswahlbehörde nicht mehr in der Lage, die Partei zu vertreten, so muß die Erklärung von mindestens der Hälfte der auf dem Kreiswahlvorschlag angeführten Bewerber unterschrieben sein, die im Zeitpunkt der Erklärung die Partei nach Ansicht der Kreiswahlbehörde noch vertreten können. Können diese Unterschriften nicht beigebracht werden, so genügt die Unterschrift auch eines Bewerbers des Kreiswahlvorschlages, der die Partei nach Ansicht der Kreiswahlbehörde vertreten kann.

§ 38

Überprüfung der Kreiswahlvorschläge

(1) Die Kreiswahlbehörde hat unverzüglich zu überprüfen, ob die eingelangten Kreiswahlvorschläge von wenigstens einem Mitglied des Landtages unterschrieben oder von der gemäß § 35 Abs. 2 erforderlichen Zahl der Wahlberechtigten des Wahlkreises unterstützt und die in den Parteilisten vorgeschlagenen Wahlwerber wählbar sind. Die Kreiswahlbehörde hat, wenn ein Wahlberechtigter mehrere Kreiswahlvorschläge unterstützt hat, dessen Unterstützung für den als ersten eingelangten Wahlvorschlag als gültig anzuerkennen. Die Unterstützungen für die anderen Kreiswahlvorschläge gelten als nicht eingebracht.

(2) Eine Zurückziehung einzelner Unterstützungserklärungen nach Einlangen des Kreiswahlvorschlages ist von der Kreiswahlbehörde nicht zur Kenntnis zu nehmen, es sei denn, daß der Unterstützer der Kreiswahlbehörde glaubhaft macht, daß er durch einen wesentlichen Irrtum oder durch arglistige Täuschung oder Drohung zur Unterstützung des Wahlvorschlages bestimmt worden, ist und die Zurückziehung der Unterstützungserklärung spätestens am 27. Tag vor dem Wahltag bis 16 Uhr erfolgt ist.

(3) Weist ein Kreiswahlvorschlag nicht die erforderliche Zahl von Unterschriften (§ 35 Abs. 2) auf oder entspricht er nicht den in § 35 Abs. 6 geforderten Voraussetzungen, so ist er spätestens am 24. Tag vor dem Wahltag von der Kreiswahlbehörde zurückzuweisen. Bewerber, die nicht wählbar sind, oder deren schriftliche Erklärungen (§ 35 Abs. 7) nicht vorliegen, werden im Wahlvorschlag gestrichen. Hievon ist der zustellungsbevollmächtigte Vertreter der Partei zu verständigen.

(4) Weisen mehrere Wahlvorschläge im gleichen Wahlkreis den Namen desselben Bewerbers auf, so ist dieser vom Kreiswahlleiter aufzufordern, spätestens am 27. Tag vor dem Wahltag zu erklären, für welchen Wahlvorschlag er sich entscheidet. Auf allen anderen Kreiswahlvorschlägen wird er gestrichen. Wenn er sich in der vorgesehenen Frist nicht erklärt, ist er auf dem als ersten eingelangten Wahlvorschlag, der seinen Namen trug, zu belassen.

§ 39

Ergänzung der Kreiswahlvorschläge

Wenn ein Bewerber verzichtet, stirbt, die Wählbarkeit verliert, wegen Mangels der Wählbarkeit oder der schriftlichen Erklärung (§ 35 Abs. 7) gestrichen wird, so kann die Partei ihre Parteiliste durch Nennung eines anderen Bewerbers ergänzen oder die fehlende Erklärung nachbringen. Die Ergänzungsvorschläge, die nur der Unterschrift des zustellungsbevollmächtigten Vertreters der Partei bedürfen, sowie die Erklärungen müssen jedoch spätestens am 23. Tag vor dem Wahltag bis 13 Uhr bei der Kreiswahlbehörde einlangen.

§ 40

Abschluß und Veröffentlichung der Kreiswahlvorschläge

(1) Spätestens am 20. Tag vor dem Wahltag hat die Kreiswahlbehörde die Wahlvorschläge abzuschließen; falls eine Parteiliste mehr als doppelt so viele Bewerber enthält, wie im Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind, sind die überzähligen Bewerber zu streichen und die Wahlvorschläge zu veröffentlichen. Nach der Veröffentlichung an Wahlvorschlägen festgestellte Mängel berühren die Gültigkeit dieser Wahlvorschläge nicht.

(2) In der Veröffentlichung nach Abs. 1 hat sich die Reihenfolge der Parteien, die im zuletzt gewählten Landtag vertreten waren, nach der Zahl der Mandate, die die Parteien bei der letzten Landtagswahl im ganzen Landesgebiet erreicht haben, zu richten. Dabei sind im zuletzt gewählten Landtag vertretene Parteien, die sich nicht an der Wahl beteiligen, nicht zu berücksichtigen. Ist die Zahl der Mandate gleich, so bestimmt sich die Reihenfolge nach der bei der letzten Landtagswahl ermittelten Gesamtsumme der Parteistimmen; sind auch diese

gleich, so hat die Landeswahlbehörde durch das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied zu ziehen ist, zu entscheiden. Die so ermittelte Reihenfolge ist von der Landeswahlbehörde den Kreiswahlbehörden bis spätestens am 30. Tag vor dem Wahltag bekanntzugeben und ist für die Kreiswahlbehörde verbindlich.

(3) Im Anschluß an die nach Abs. 2 gereihten Parteien sind die übrigen wahlwerbenden Parteien anzuführen, wobei sich ihre Reihenfolge nach dem Zeitpunkt des Einlangens des Wahlvorschlages zu richten hat. Bei Einlangen von Wahlvorschlägen am gleichen Tag hat die Kreiswahlbehörde über die Reihenfolge durch das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied zu ziehen ist, zu entscheiden.

(4) Die Veröffentlichung hat in ortsüblicher Weise zu erfolgen. Aus ihr muß der Inhalt der Wahlvorschläge (§ 35 Abs. 6) zur Gänze ersichtlich sein.

(5) Bei allen wahlwerbenden Parteien sind die Parteibezeichnungen einschließlich allfälliger Kurzbezeichnungen mit gleich großen Druckbuchstaben in für jede wahlwerbende Partei gleich große Rechtecke mit schwarzer Druckfarbe einzutragen. Für die Kurzbezeichnungen sind hiebei einheitlich große schwarze Druckbuchstaben zu verwenden. Bei mehr als dreizeiligen Parteibezeichnungen kann die Größe der Druckbuchstaben dem zur Verfügung stehenden Raum entsprechend angepaßt werden.

§ 41

Zurückziehung der Kreiswahlvorschläge

(1) Eine wahlwerbende Partei kann ihre Kreiswahlvorschläge durch eine schriftliche Erklärung zurückziehen. Diese Erklärung muß jedoch spätestens am 20. Tag vor dem Wahltag bis 16 Uhr bei der Kreiswahlbehörde einlangen und von dem Mitglied des Landtages oder von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten, die seinerzeit den Wahlvorschlag unterstützt haben, gefertigt sein.

(2) Ein Kreiswahlvorschlag gilt weiters als zurückgezogen, wenn sämtliche Wahlwerber desselben im eigenen Namen schriftlich bis zum 20. Tag vor dem Wahltag 16 Uhr gegenüber der Kreiswahlbehörde auf ihre Wahlwerbung verzichtet haben.

IV. Hauptstück Abstimmungsverfahren

1. Abschnitt Wahlort, Wahllokal, Wahlzeit, Wahlzeugen

§ 42

Gemeinde als Wahlort, Verfügungen der Gemeindewahlbehörden

(1) Jede Gemeinde ist Wahlort.

(2) Die Gemeindegewahlbehörde hat spätestens am 14. Tag vor dem Wahltag die Wahllokale, die Verbotszonen und die Wahlzeit nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festzusetzen.

(3) Die Gemeindegewahlbehörde hat jene Wahlbehörde zu bestimmen, welche die bei der Sonderwahlbehörde abgegebenen Stimmzettel in ihre eigenen Feststellungen gemäß § 65 Abs. 5 ununterscheidbar einzubeziehen hat. Wurde ein Ortsverwaltungsteil oder Stadtbezirk als ein Wahlsprengel festgesetzt oder in mehrere Wahlsprengel unterteilt, sind die bei der Sonderwahlbehörde abgegebenen Stimmzettel dieses Ortsverwaltungsteiles oder Stadtbezirkes in die Feststellungen der Sprengelwahlbehörde dieses Wahlsprengels, bei mehreren Wahlsprengel in die Feststellungen der von der Gemeindegewahlbehörde zu bestimmenden Sprengelwahlbehörde, ununterscheidbar einzubeziehen.

(4) Die gemäß Abs. 1 getroffenen Verfügungen sind von der Gemeindegewahlbehörde spätestens am fünften Tag vor dem Wahltag ortsüblich, jedenfalls durch Anschlag am Gebäude des Wahllokals kundzumachen. In der Kundmachung ist auch an das im § 45 Abs. 1 ausgesprochene Verbot der Wahlwerbung, der Ansammlung von Menschen und des Waffentragens mit dem Beifügen hinzuweisen, daß Übertretungen dieser Verbote bestraft werden.

(5) Die von der Gemeindegewahlbehörde gemäß Abs. 1 getroffenen Verfügungen sind der Bezirkswahlbehörde unverzüglich mitzuteilen.

§ 43

Wahllokale

(1) Das Wahllokal muß für die Durchführung der Wahlhandlung geeignet sein. Die für die Vornahme der Wahl erforderlichen Einrichtungsstücke, wie der Tisch für die Wahlbehörde, in dessen Nähe ein Tisch für die Wahlzeugen, die Wahlurne und die erforderlichen Wahlzellen mit Einrichtung sind von der Gemeinde beizustellen. Ebenso ist darauf zu achten, daß in dem Gebäude des Wahllokals womöglich ein entsprechender Warteraum für die Wähler zur Verfügung steht.

(2) In Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, ist in der Regel für jeden Wahlsprengel innerhalb desselben ein Wahllokal zu bestimmen. Das Wahllokal kann aber auch in ein außerhalb des Wahlsprengels liegendes Gebäude verlegt werden, wenn dieses Gebäude ohne besondere Schwierigkeiten von den Wahlberechtigten erreicht werden kann. Auch kann in solchen Gemeinden für mehrere Wahlsprengel ein gemeinsames Wahllokal bestimmt werden, sofern das Lokal ausreichend Raum für die Unterbringung der Wahlbehörden und für die gleichzeitige Durchführung mehrerer Wahlhandlungen bietet und entsprechende Warteräume für die Wähler aufweist.

(3) In Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, hat die Gemeindegewahlbehörde mindestens ein Wahllokal für Wahlkartenwähler zu bestimmen, in dem die mit Wahlkarten versehenen Wähler ihr Stimmrecht auszuüben haben. Mitglieder der Wahlbehörden sowie deren Hilfskräfte und den Wahlzeugen bleibt es jedoch, falls sie Wahlkarten besitzen, ungenommen, ihr Wahlrecht auch vor der Wahlbehörde, bei der sie Dienst verrichten, auszuüben. Die Bestimmungen des § 54 werden von den Vorschriften dieses Absatzes nicht berührt.

§ 44

Wahlzelle

(1) In jedem Wahllokal muß mindestens eine Wahlzelle vorhanden sein. Um eine rasche Abfertigung der Wähler zu ermöglichen, können für eine Wahlbehörde auch mehrere Wahlzellen aufgestellt werden, soweit die Überwachung der Wahlhandlung durch die Wahlbehörde dadurch nicht gefährdet wird. Bei Wahlsprengeln mit mehr als 500 Wahlberechtigten sind im Wahllokal mindestens zwei Wahlzellen aufzustellen.

(2) Die Wahlzelle ist derart herzustellen, daß der Wähler in der Zelle unbeobachtet von allen anderen im Wahllokal anwesenden Personen den Stimmzettel ausfüllen und in das Wahlkuvert geben kann.

(3) Als Wahlzelle genügt, wenn zu diesem Zweck eigens errichtete, feste Zellen nicht zur Verfügung stehen, jede Absonderungsvorrichtung im Wahllokal, die ein Beobachten des Wählers in der Wahlzelle verhindert. Die Wahlzelle wird sohin insbesondere durch einfache, mit undurchsichtigem Papier oder Stoff bespannte Holzrahmen, durch die Anbringung eines Vorhanges in einer Zimmerecke, durch Aneinanderschieben von größeren Kästen oder durch entsprechende Aufstellung von Schultafeln gebildet werden können. Sie ist womöglich derart aufzustellen, daß der Wähler die Zelle von einer Seite betreten und auf der anderen Seite verlassen kann.

(4) Die Wahlzelle ist mit einem Tisch und mit einem Stuhl oder mit einem Stehpult sowie mit einer Schreibunterlage zu versehen und mit dem erforderlichen Material für die Ausfüllung des Stimmzettels (womöglich Farbstift) auszustatten. Außerdem sind die von der Kreiswahlbehörde abgeschlossenen und von ihr veröffentlichten Parteilisten in der Wahlzelle an einer sichtbaren Stelle anzuschlagen. Es ist auch dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlzelle während der Wahlzeit ausreichend beleuchtet ist.

§ 45

Verbotzonen

(1) Im Gebäude des Wahllokals und in einem von der Gemeindewahlbehörde zu bestimmenden Umkreis ist am Wahltag jede Art der Wahlwerbung, wie Ansprachen an die Wähler, Anschlag oder Verteilung von Wahlaufrufen und dergleichen, ferner jede Ansammlung von Menschen sowie das Tragen von Waffen verboten.

(2) Vom Waffenverbot gemäß Abs. 1 sind die im Dienst befindlichen Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes ausgenommen.

§ 46

Wahlzeit

(1) Der Beginn und die Dauer der Stimmabgabe ist so festzusetzen, daß den Wählern die Ausübung des Wahlrechtes tunlichst gesichert ist. Das Ende der Wahlzeit darf nicht später als auf 17 Uhr festgelegt werden.

(2) Die Wahlzeit darf nicht weniger als zwei Stunden betragen. Dies gilt nicht für die Sonderwahlbehörde.

(3) Die Wahlzeit der Sonderwahlbehörde endet eine Stunde vor dem Ende der Wahlzeit der gemäß § 42 Abs. 3 bestimmten Wahlbehörde.

§ 47

Wahlzeugen

(1) In jedes Wahllokal können von jeder Partei, deren Wahlvorschlag von der Kreiswahlbehörde veröffentlicht wurde, zwei Wahlzeugen zu jeder Wahlbehörde entsendet werden. Zu Wahlzeugen können nur Personen bestellt werden, die in dem Wahlkreis, in dem das Wahllokal liegt, ihren Wohnsitz (§ 24) haben. Die Wahlzeugen sind der Bezirkswahlbehörde spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag durch den zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Partei schriftlich namhaft zu machen; jeder Wahlzeuge erhält von der Bezirkswahlbehörde einen Eintrittschein, der ihn zum Eintritt in das Wahllokal ermächtigt und beim Betreten des Wahllokals der Wahlbehörde vorzuweisen ist.

(2) Die Wahlzeugen haben lediglich als Vertrauensmänner der wahlwerbenden Partei zu fungieren; ein weiterer Einfluß auf den Gang der Wahlhandlung steht ihnen nicht zu. Den Wahlzeugen ist keine Verpflichtung zur Verschwiegenheit über ihnen aus ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen auferlegt.

(3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 sind sinngemäß auf die Sonderwahlbehörden anzuwenden.

2. Abschnitt Wahlhandlung

§ 48

Sicherung der Ordnung

(1) Der Wahlleiter hat für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei der Wahlhandlung und für die Beobachtung der Bestimmungen dieses Gesetzes Sorge zu tragen. Überschreitungen des Wirkungsbereiches der Wahlbehörde hat er nicht zuzulassen.

(2) In das Wahllokal dürfen außer der Wahlbehörde nur deren Hilfsorgane, die Wahlzeugen, die Wähler behufs Abgabe der Stimme und die allenfalls zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlichen Amtspersonen zugelassen werden. Nach Abgabe ihrer Stimme haben die Wähler das Wahllokal sofort zu verlassen.

(3) Sofern es zur ungestörten Durchführung der Wahl erforderlich erscheint, kann der Wahlleiter verfügen, daß die Wähler nur einzeln in das Wahllokal eingelassen werden.

(4) Den Anordnungen des Wahlleiters hat jedermann unbedingt Folge zu leisten.

§ 49

Beginn der Wahlhandlung

(1) Am Tag der Wahl zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Wahllokal wird die Wahlhandlung durch den Wahlleiter eingeleitet, der der Wahlbehörde das Wählerverzeichnis nebst dem vorbereiteten Abstimmungsverzeichnis (Muster Anlage 5), die Wahlkuverts und die amtlichen Stimmzettel übergibt und ihr die Bestimmungen des § 18 über die Beschlußfähigkeit der Wahlbehörde vorhält. Der Wahlleiter hat der Wahlbehörde die Anzahl der gegen Empfangsbestätigung (§ 56 Abs. 3) übernommenen amtlichen Stimmzettel bekanntzugeben, vor der Wahlbehörde diese Anzahl zu überprüfen und das Ergebnis in der Niederschrift festzuhalten.

(2) Unmittelbar vor Beginn der Stimmabgabe hat sich die Wahlbehörde zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist.

(3) Die Stimmabgabe beginnt damit, daß die Mitglieder der Wahlbehörde, ihre etwaigen Hilfskräfte, die Vertrauenspersonen und die Wahlzeugen ihre Stimme abgeben. Soweit sie im Wählerverzeichnis eines anderen Wahlsprengels eingetragen sind, können sie ihr Wahlrecht vor der Wahlbehörde, bei der sie Dienst verrichten, nur auf Grund einer Wahlkarte ausüben. Im übrigen gelten für die Ausübung der Wahl durch Wahlkartenwähler die Bestimmungen des § 53.

(4) Auf die Wahlhandlung vor der Sonderwahlbehörde ist Abs. 1 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an Stelle des Wählerverzeichnisses das Verzeichnis gemäß § 32 Abs. 8 zu treten hat. Der Abs. 3 ist nicht anzuwenden.

(5) Die Sonderwahlbehörde hat sich sodann zu den im Verzeichnis gemäß § 32 Abs. 8 dargestellten Aufenthaltsorten zu begeben; hiebei sind die §§ 51, 52 Abs. 1 bis 5 und 54 Abs. 2 zweiter Satz sinngemäß anzuwenden.

§ 50

Persönliche Ausübung des Wahlrechtes

(1) Das Wahlrecht ist persönlich auszuüben; blinde, schwer sehbehinderte und gebrechliche Wähler dürfen sich von einer Geleitperson, die sie selbst auswählen können,

führen und sich von dieser bei der Wahlhandlung helfen lassen. Von diesen Fällen abgesehen, darf die Wahlzelle jeweils nur von einer Person betreten werden.

(2) Gebrechliche Personen sind solche, die gelähmt oder des Gebrauches der Hände unfähig oder von solcher körperlicher Verfassung sind, daß ihnen das Ausfüllen des amtlichen Stimmzettels ohne fremde Hilfe nicht zugemutet werden kann.

(3) Über die Zulässigkeit der Inanspruchnahme einer Geleitperson entscheidet im Zweifelsfalle die Wahlbehörde. Jede Stimmabgabe mit Hilfe einer Geleitperson ist in der Niederschrift festzuhalten.

§ 51

Identitätsfeststellung

(1) Jeder Wähler tritt vor die Wahlbehörde, nennt seinen Namen, gibt seine Wohnadresse an und legt, sofern er der Mehrheit der Mitglieder der Wahlbehörde nicht persönlich bekannt ist, eine Urkunde oder sonstige amtliche Bescheinigung vor, aus der seine Identität einwandfrei ersichtlich ist.

(2) Als Urkunden oder amtliche Bescheinigungen zur Glaubhaftmachung der Identität kommen mit einem Lichtbild ausgestattete Identitätsdokumente (zB Reisepaß, Personalausweis, Führerschein, Postausweis udgl.) in Betracht.

(3) Ergeben sich Zweifel über die Identität des Wählers, hat die Wahlbehörde über die Zulassung zur Stimmabgabe zu entscheiden. Gegen die Zulassung zur Stimmabgabe aus diesem Grund kann von den Mitgliedern der Wahlbehörde, den Wahlzeugen sowie von den allenfalls im Wahllokal befindlichen Wahlberechtigten nur solange Einspruch erhoben werden, als die Person, deren Wahlberechtigung in Zweifel gezogen wird, ihre Stimme nicht abgegeben hat. Die Wahlbehörde hat in jedem Einzelfall vor Fortsetzung der Wahlhandlung zu entscheiden. Gegen diese Entscheidung ist kein Rechtsmittel zulässig.

§ 52

Stimmabgabe

(1) Ist der Wähler der Mehrheit der Mitglieder der Wahlbehörde bekannt oder hat er sich entsprechend ausgewiesen und ist er im Wählerverzeichnis eingetragen, so hat ihm der Wahlleiter oder ein vom Wahlleiter bestimmtes Mitglied der Wahlbehörde ein leeres Wahlkuvert und einen amtlichen Stimmzettel auszufolgen. Hierauf hat sich der Wähler in die Wahlzelle zu begeben, den amtlichen Stimmzettel auszufüllen und diesen in das Kuvert zu legen. Hierauf hat der Wähler aus der Wahlzelle zu treten und dem Wahlleiter oder einem von diesem bestimmten Mitglied der Wahlbehörde das Kuvert zu übergeben. Dieser hat das Kuvert in die Wahlurne zu geben. Mit Zustimmung und unter Aufsicht des Wahlleiters kann der Wähler das Wahlkuvert auch selbst in die Wahlurne geben.

(2) Ist dem Wähler beim Ausfüllen des amtlichen Stimmzettels ein Fehler unterlaufen, so ist ihm auf sein Verlangen ein weiterer Stimmzettel auszufolgen; hiebei findet Abs. 1

sinngemäß Anwendung. Der Wähler hat den ihm zuerst ausgehändigten amtlichen Stimmzettel durch Zerreißen vor der Wahlbehörde unbrauchbar zu machen und zwecks Wahrung des Wahlheimnisses mit sich zu nehmen.

(3) Die Aushändigung eines weiteren amtlichen Stimmzettels ist in jedem Falle im Abstimmungsverzeichnis festzuhalten.

(4) Der Name des Wählers, der seine Stimme abgegeben hat, wird von einem Beisitzer oder Hilfsorgan der Wahlbehörde in das Abstimmungsverzeichnis unter fortlaufender Zahl und unter Beisetzung der fortlaufenden Zahl des Wählerverzeichnisses eingetragen. Gleichzeitig wird sein Name von einem zweiten Beisitzer oder Hilfsorgan der Wahlbehörde im Wählerverzeichnis abgestrichen.

(5) Die fortlaufende Zahl des Abstimmungsverzeichnisses wird von dem zweiten Beisitzer oder Hilfsorgan der Wahlbehörde in der Rubrik "Abgegebene Stimme" des Wählerverzeichnisses an entsprechender Stelle (männliche, weibliche Wahlberechtigte) vermerkt.

(6) Hierauf hat der Wähler das Wahllokal zu verlassen.

§ 53

Stimmabgabe bei Wahlkartenwählern

(1) Der Wahlkartenwähler hat neben der Wahlkarte auch noch eine der im § 51 Abs. 2 angeführten Urkunden oder amtlichen Bescheinigungen vorzuweisen, aus denen sich seine Identität mit der in der Wahlkarte bezeichneten Person ergibt. Der Wahlleiter oder das vom Wahlleiter bestimmte Mitglied der Wahlbehörde hat den vom Wahlkartenwähler zu übergabenden Briefumschlag (§ 34 Abs. 3) zu öffnen und den darin befindlichen amtlichen Stimmzettel zu entnehmen. Dieser Stimmzettel ist dem Wahlkartenwähler mit einem leeren Wahlkuvert, bei Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen mit dem nur für solche Wahlkartenwähler bestimmten verschließbaren Wahlkuvert auszufolgen. Auf dem verschließbaren Wahlkuvert ist vor Übergabe an den Wähler die Nummer des Wahlkreises einzusetzen, die auf der Wahlkarte eingetragen ist. Der Wahlkartenwähler ist ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß zur Stimmabgabe der bereits bei der Ausstellung der Wahlkarte ausgefolgte amtliche Stimmzettel zu verwenden ist. Hat ein Wahlkartenwähler diesen Stimmzettel nicht mehr zur Verfügung, so ist ihm, wenn seine Wahlkarte von einer Gemeinde des Wahlkreises ausgestellt wurde, in dem auch der Wahlort liegt, ein amtlicher Stimmzettel des Wahlkreises (§ 56), wenn es sich aber um einen Wahlkartenwähler aus einem anderen Wahlkreis handelt, ein leerer amtlicher Stimmzettel (§ 57) auszufolgen. Auf dem leeren amtlichen Stimmzettel ist vor Übergabe an den Wähler die Nummer des Wahlkreises einzusetzen, die auf der Wahlkarte eingetragen ist.

(2) Hierauf hat sich der Wahlkartenwähler in die Wahlzelle zu begeben, den amtlichen Stimmzettel auszufüllen und diesen in das Kuvert zu geben. Falls das Wahlkuvert von einem Wahlkartenwähler stammt, der nicht in einer Gemeinde des Wahlkreises als wahlberechtigt eingetragen ist, hat dieser das Wahlkuvert zu verschließen. Hierauf hat der Wähler aus der Wahlzelle zu treten und dem Wahlleiter oder einem von diesem bestimmten Mitglied der Wahlbehörde das Kuvert zu übergeben. Dieser hat das Kuvert in ein besonderes Behältnis zu

geben. Mit Zustimmung und unter Aufsicht des Wahlleiters kann der Wähler das Wahlkuvert auch selbst in das besondere Behältnis geben.

(3) Der Name des Wahlkartenwählers ist, sofern es sich nicht um einen Wahlkartenwähler nach Abs. 4 handelt, am Schluß des Wählerverzeichnisses unter fortlaufenden Zahlen einzutragen und in der Niederschrift über den Wahlvorgang anzumerken. Die Wahlkarte ist dem Wähler abzunehmen, mit der fortlaufenden Zahl des Wählerverzeichnisses zu versehen und der Niederschrift anzuschließen. Wurde ein Wahllokal nur für Wahlkartenwähler bestimmt, so ist die fortlaufende Zahl des Abstimmungsverzeichnisses auf der Wahlkarte zu vermerken.

(4) Erscheint ein Wahlkartenwähler vor der Wahlbehörde, in deren Wählerverzeichnis er eingetragen ist, um sein Wahlrecht auszuüben, so hat er unter Verwendung des ihm bereits mit der Wahlkarte ausgefolgten amtlichen Stimmzettels und unter Beobachtung der übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes seine Stimme abzugeben, nachdem er die Wahlkarte der Wahlbehörde übergeben hat.

(5) Die Bestimmungen des § 52 Abs. 2 bis 6 finden sinngemäß Anwendung.

§ 54

Ausübung des Wahlrechtes in Heil- und Pflegeanstalten

(1) Um den in den Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Pfleglingen die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern, kann die Gemeindewahlbehörde für den örtlichen Bereich des Anstaltsgebäudes einen besonderen Wahlsprengel errichten. Hiebei sind die entsprechenden Bestimmungen über die Festsetzung der Wahlsprengel sinngemäß anzuwenden. In einem solchen Wahlsprengel können auch Pfleglinge mit Wahlkarten ihr Stimmrecht ausüben.

(2) Die nach Abs. 1 zuständige Sprengelwahlbehörde kann sich mit ihren Hilfsorganen und den Wahlzeugen zum Zwecke der Entgegennahme der Stimmen bettlägeriger Pfleglinge auch in deren Liegeräume begeben. Hiebei ist durch entsprechende Einrichtungen (zB Aufstellung eines Wandschirmes udgl.) vorzusorgen, daß der Pflegling unbeobachtet von allen anderen im Liegeraum befindlichen Personen seinen Stimmzettel ausfüllen und in das ihm vom Wahlleiter zu übergebende Wahlkuvert einlegen kann.

(3) In Anstalten unter ärztlicher Leitung kann diese einzelnen Pfleglingen aus gewichtigen medizinischen Gründen die Ausübung des Wahlrechtes untersagen.

3. Abschnitt Wahlkuverts, Stimmzettel

§ 55

Wahlkuverts

(1) Für die Wahl sind undurchsichtige Wahlkuverts in einheitlicher Größe, Form und Farbe zu verwenden.

(2) Wörter, Bemerkungen oder Zeichen dürfen auf den Wahlkuverts nicht angebracht werden.

§ 56

Amtlicher Stimmzettel des Wahlkreises

(1) Der amtliche Stimmzettel des Wahlkreises hat die Parteibezeichnungen einschließlich allfälliger Kurzbezeichnungen, die Wahlwerber der Parteien, im übrigen aber die aus dem Muster Anlage 6 ersichtlichen Angaben zu enthalten. Die amtlichen Stimmzettel dürfen nur auf Anordnung der Kreiswahlbehörde hergestellt werden.

(2) Die Größe des amtlichen Stimmzettels hat sich nach der Anzahl der im Wahlkreis zu berücksichtigenden Parteien zu richten. Das Ausmaß hat zumindest dem Format DIN A4 zu entsprechen. Die Angaben auf dem Stimmzettel sind in schwarzer Farbe zu drucken und müssen für alle Parteien die gleiche Form aufweisen. Bei mehr als dreizeiligen Parteibezeichnungen kann jedoch die Größe der Schriften dem zur Verfügung stehenden Raum angepaßt werden. Die Parteien und ihre Wahlwerber sind auf dem Stimmzettel zuerst in der oberen Hälfte von links nach rechts und dann in der unteren Hälfte von links nach rechts in der im § 40 Abs. 2 und 3 für die Kreiswahlvorschläge vorgeschriebenen Reihenfolge anzuführen. Die Wahlwerber sind mit Familien- und Vornamen sowie Geburtsjahr anzugeben. Die Reihenfolge der Wahlwerber hat jener auf den kundgemachten Kreiswahlvorschlägen zu entsprechen.

(3) Die amtlichen Stimmzettel des Wahlkreises sind durch die Kreiswahlbehörde den Gemeinden über die Bezirksverwaltungsbehörden entsprechend der endgültigen Zahl der Wahlberechtigten in der Gemeinde, zusätzlich einer Reserve von 15 vH zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Reserve von fünf vH ist den Bezirksverwaltungsbehörden für einen allfälligen zusätzlichen Bedarf der Wahlbehörden am Wahltag zu übermitteln. Die amtlichen Stimmzettel sind jeweils gegen eine Empfangsbestätigung in zweifacher Ausfertigung auszufolgen; hiebei ist eine Ausfertigung für den Übergeber, die zweite Ausfertigung für den Übernehmer bestimmt.

§ 57

Leerer amtlicher Stimmzettel

(1) Der leere amtliche Stimmzettel hat eine Rubrik, in die der Wähler die Parteibezeichnung (Kurzbezeichnung) sowie einen Wahlwerber der von ihm gewählten Partei eintragen kann, sowie die aus dem Muster Anlage 7 ersichtlichen Angaben zu enthalten. Der leere amtliche Stimmzettel darf nur auf Anordnung der Landeswahlbehörde hergestellt werden.

(2) Das Ausmaß des leeren amtlichen Stimmzettels hat ungefähr dem Format DIN A5 zu entsprechen.

(3) Die leeren amtlichen Stimmzettel sind den Gemeinden über die Bezirksverwaltungsbehörden in der erforderlichen Anzahl zu übermitteln. § 56 Abs. 3 letzter Satz gilt sinngemäß.

§ 58

Gemeinsame Bestimmungen für den amtlichen Stimmzettel

(1) Zur Stimmabgabe darf nur der vom Wahlleiter gleichzeitig mit dem Wahlkuvert dem Wähler übergebene amtliche Stimmzettel verwendet werden.

(2) Die Kosten der Herstellung der amtlichen Stimmzettel und der Musterstimmzettel (§ 59) sind vom Land zu tragen.

§ 59

Zustellung eines Musterstimmzettels

(1) Jedem Wahlberechtigten ist ein Musterstimmzettel zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde hat dafür zu sorgen, daß dieser spätestens am vierten Tag vor dem Wahltag bei der im Wählerverzeichnis angeführten Adresse des Wahlberechtigten einlangt. Auf die Ausfolgung eines Musterstimmzettels besteht kein Rechtsanspruch.

(2) Der Musterstimmzettel hat hinsichtlich der Größe und der darauf befindlichen Angaben dem amtlichen Stimmzettel zu entsprechen. In der Farbe des Papiers hat er sich jedoch deutlich von diesem zu unterscheiden. Überdies muß er den Aufdruck "Muster" und "Ungültiger Stimmzettel" aufweisen.

(3) Die Musterstimmzettel sind von der Kreiswahlbehörde anfertigen zu lassen und über die Bezirksverwaltungsbehörden den Gemeinden entsprechend der endgültigen Zahl der Wahlberechtigten in der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

§ 60

Ausfüllen des Stimmzettels

(1) Der Wähler hat auf dem Stimmzettel jene Partei zu bezeichnen, die er wählen will.

(2) Jeder Wähler ist berechtigt, auf dem Stimmzettel Wahlwerbern jener Partei, die er wählt, bis zu drei Vorzugsstimmen zu geben. Zwei davon kann er auf denselben Wahlwerber vereinen. Der Wähler gibt die Vorzugsstimmen, indem er in die auf dem Stimmzettel neben den Namen der Wahlwerber aufscheinenden Kästchen für jede Vorzugsstimme ein liegendes Kreuz oder ähnlich deutliches Zeichen einträgt.

(3) Als Wahlwerber gemäß Abs. 2 gelten jeweils die von einer Partei in den Kreiswahlvorschlag aufgenommenen Wahlwerber.

4. Abschnitt Gültigkeit und Ungültigkeit von Stimmzetteln

§ 61

Gültiger Stimmzettel

(1) Der amtliche Stimmzettel des Wahlkreises ist gültig ausgefüllt, wenn der Wähler durch Anbringen von Zeichen oder Worten auf dem Stimmzettel eindeutig zu erkennen gibt, welche Partei er wählen will. Dies kann insbesondere dadurch geschehen, daß der Wähler ausschließlich entweder

1. in einem einzigen der neben den Parteibezeichnungen vorgedruckten Kreise ein liegendes Kreuz oder ein ähnlich deutliches Zeichen einträgt oder
2. die Parteibezeichnung einer einzigen Partei auf andere Weise anzeichnet oder
3. die Parteibezeichnungen der übrigen Parteien durchstreicht oder
4. die Bezeichnung einer einzigen Partei auf dem Stimmzettel anbringt oder
5. einem oder mehreren Wahlwerbern einer einzigen Partei Vorzugsstimmen gibt oder
6. sämtliche Wahlwerber der übrigen Parteien durchstreicht.

(2) Mehrere Stimmzettel in einem Wahlkuvert zählen als ein Stimmzettel. Die Stimme ist gültig,

1. wenn sich in dem Wahlkuvert nur ein einziger gültig ausgefüllter Stimmzettel befindet oder
2. für den Fall, daß sich in dem Wahlkuvert mehrere gültig ausgefüllte Stimmzettel befinden, wenn alle diese gültig ausgefüllten Stimmzettel auf dieselbe Partei lauten.

(3) Auf einem Stimmzettel angebrachte Zeichen oder Worte, die nicht der Bezeichnung der gewählten Partei oder der Vergabe von Vorzugsstimmen dienen, haben auf die Gültigkeit des Stimmzettels keinen Einfluß. Dasselbe gilt von allfälligen Beilagen im Wahlkuvert.

§ 62

Ungültiger Stimmzettel

(1) Der amtliche Stimmzettel ist ungültig, wenn

1. ein anderer als der amtliche Stimmzettel zur Stimmabgabe verwendet wurde oder
2. zwei oder mehrere Parteien angezeichnet wurden oder
3. ausschließlich Wahlwerbern verschiedener Parteien Vorzugsstimmen gegeben wurden oder
4. weder eine Partei angezeichnet noch einem Wahlwerber eine Vorzugsstimme gegeben wurde und auf dem Stimmzettel auch keine Bezeichnung im Sinne des § 61 Abs. 1 Z 4 aufscheint oder
5. der Stimmzettel derart beeinträchtigt wurde, daß die Bezeichnung einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Wahlwerbers nicht ersichtlich ist oder
6. aus dem vom Wähler angebrachten Zeichen oder der sonstigen Kennzeichnung nicht eindeutig hervorgeht, welche Partei er wählen wollte.

(2) Leere Wahlkuverts zählen als ungültige Stimmzettel.

(3) Enthält ein Wahlkuvert mehrere Stimmzettel, die auf verschiedene Parteien lauten, so zählen sie, wenn sich ihre Ungültigkeit nicht schon aus anderen Gründen ergibt, als ein ungültiger Stimmzettel.

§ 63

Gültigkeit eines leeren amtlichen Stimmzettels

(1) Der leere amtliche Stimmzettel ist dann gültig ausgefüllt, wenn aus ihm eindeutig zu erkennen ist, welche Parteiliste der Wahlkartenwähler wählen wollte. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Wähler die Parteibezeichnung oder die Kurzbezeichnung einer Partei anführt, die in dem Wahlkreis, in welchem er in das Wählerverzeichnis einer Gemeinde eingetragen ist, veröffentlicht wurde.

(2) Der Wahlkartenwähler kann auf dem ihm ausgefolgten leeren amtlichen Stimmzettel durch Eintragung eines, zweier oder dreier Wahlwerber der von ihm ausgewählten Partei Vorzugsstimmen gültig vergeben, wenn im leeren amtlichen Stimmzettel der Wahlkreis eingesetzt und eindeutig erkennbar ist.

(3) Die Vorschriften des § 61 gelten sinngemäß.

§ 64

Ungültigkeit eines leeren amtlichen Stimmzettels

(1) Der leere amtliche Stimmzettel ist ungültig, wenn

1. aus der vom Wähler vorgenommenen Eintragung nicht eindeutig hervorgeht, welche Partei er wählen wollte, oder
2. eine Partei bezeichnet wurde, von der ein Kreiswahlvorschlag in dem Wahlkreis, in welchem der Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis einer Gemeinde eingetragen ist, nicht veröffentlicht wurde, oder
3. keine Partei und auch kein Wahlwerber bezeichnet wurde, oder
4. nur ein Wahlwerber bezeichnet wurde, der nicht in einer Parteiliste der vom Wähler zu wählenden Partei aufscheint, oder
5. die Nummer des Wahlkreises (§ 53 Abs. 1 letzter Satz) nicht eingesetzt oder nicht eindeutig erkennbar ist.

(2) Die Bestimmungen des § 62 Abs. 1 Z 1 und 2 sowie der Abs. 2 und 3 gelten sinngemäß.

5. Abschnitt
Feststellung des örtlichen Wahlergebnisses

§ 65

Stimmzettelprüfung, Stimmenzählung

(1) Wenn die für die Wahlhandlung festgesetzte Zeit abgelaufen ist und alle bis dahin im Wahllokal oder in dem von der Wahlbehörde bestimmten Warteraum erschienenen Wähler gestimmt haben, erklärt die Wahlbehörde die Stimmabgabe für geschlossen. Nach Abschluß der Stimmabgabe ist das Wahllokal, in dem nur die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Wahlbehörde, deren Hilfsorgane, die Vertrauenspersonen und die Wahlzeugen verbleiben dürfen, zu schließen.

(2) Nach Schließung des Wahllokals (Abs. 1) hat die Wahlbehörde zunächst die nicht zur Ausgabe gelangten amtlichen Stimmzettel zu verpacken und mit einer entsprechenden Aufschrift zu versehen.

(3) Die Wahlbehörde hat sodann die in einem besonderen Behältnis befindlichen Wahlkuverts der Wahlkartenwähler aus anderen Wahlkreisen zu zählen und zu verpacken. Der Umschlag ist fest zu verschließen und mit einer Siegelmarke zu versehen. Auf dem Umschlag ist die Nummer des Wahlkreises und die Anzahl der im Umschlag enthaltenen ungeöffneten Wahlkuverts anzugeben.

(4) Nach Abschluß des im Abs. 3 festgesetzten Vorganges hat die Wahlbehörde die in der Wahlurne befindlichen Wahlkuverts gründlich zu mischen, die Wahlurne zu entleeren und festzustellen:

1. die Zahl der abgegebenen Wahlkuverts,
2. die Zahl der im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Wähler,
3. den mutmaßlichen Grund, wenn die zu Z 1 zuzüglich der Zahl der Wahlkuverts der Wahlkartenwähler aus anderen Wahlkreisen mit der Zahl zu Z 2 nicht übereinstimmt.

(5) Die Wahlbehörde öffnet hierauf die von den Wählern des Wahlkreises abgegebenen Wahlkuverts, entnimmt die Stimmzettel, überprüft deren Gültigkeit, versieht die ungültigen Stimmzettel mit fortlaufenden Nummern und stellt fest:

1. die Zahl der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen,
2. die Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen,
3. die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen,
4. die auf die einzelnen Parteien entfallenden abgegebenen gültigen Stimmen (Parteisummen).

(6) Nach Feststellung der Parteisummen hat die Wahlbehörde auf Grund der gültigen Stimmzettel die von jedem Wahlwerber erreichten Wahlpunkte zu ermitteln. Die Zahl der Wahlpunkte ist durch Zusammenzählen der Listenpunkte und der Vorzugspunkte zu ermitteln. Hierbei ist wie folgt vorzugehen:

1. Der auf dem Stimmzettel an erster Stelle angeführte Wahlwerber erhält je Stimmzettel doppelt so viele Listenpunkte, wie Mandate im betreffenden Wahlkreis zu vergeben sind. Der auf dem Stimmzettel an zweiter Stelle angeführte Wahlwerber erhält einen Punkt weniger, der an dritter Stelle angeführte erhält zwei Punkte weniger und so fort.
2. Für jede Vorzugsstimme erhält der Wahlwerber 20 Vorzugspunkte.

(7) Die Vergabe der Vorzugsstimmen ist gültig, wenn der Wähler eindeutig zu erkennen gibt, welchen Wahlwerbern der von ihm gewählten Partei er die zulässige Anzahl der Vorzugsstimmen geben will. Die Vergabe von Vorzugsstimmen ist insbesondere ungültig, wenn

1. der Wähler den Wahlwerbern der von ihm gewählten Partei mehr als drei Vorzugsstimmen gibt,
2. im Falle des § 61 Abs. 2 Z 2 auf den gültigen Stimmzetteln die Vorzugsstimmen den Wahlwerbern der gewählten Partei unterschiedlich gegeben werden.

Die Vergabe von Vorzugsstimmen an Wahlwerber einer anderen als der gewählten Partei und die Vergabe jener Vorzugsstimmen für denselben Wahlwerber, die über die Anzahl von zwei hinausgehen, gelten als nicht erfolgt.

(8) Die nach den Absätzen 3, 4, 5 und 6 getroffenen Feststellungen sind sofort in der Niederschrift (§ 66) zu beurkunden und in den Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, der Gemeindewahlbehörde, in den übrigen Gemeinden der Kreiswahlbehörde auf die schnellste Art, wenn möglich telefonisch, bekanntzugeben. Wurden Stimmen durch Wahlkartenwähler aus anderen Wahlkreisen nicht abgegeben, so ist es hiebei ausdrücklich bekanntzugeben. Die Kreiswahlbehörden können anordnen, daß die Übermittlung dieser Ergebnisse an sie unmittelbar oder im Wege der Bezirkswahlbehörden zu erfolgen hat.

(9) Die Sonderwahlbehörde hat die nicht zur Ausgabe bzw. Verwendung gelangten amtlichen Stimmzettel zu verpacken, mit einer entsprechenden Aufschrift zu versehen und sodann sämtliche in der Wahlurne befindlichen Wahlkuverts in die Wahlurne der gemäß § 42 Abs. 3 bestimmten Wahlbehörde zu geben. Hiebei ist eine Niederschrift unter sinngemäßer Anwendung des § 66 Abs. 1, 2 Z 1 bis 5, 7 und 8 abzufassen. Der Niederschrift sind das Verzeichnis gemäß § 32 Abs. 8 sowie die Unterlagen gemäß § 66 Abs. 3 Z 2, 4 und 7 anzuschließen. § 66 Abs. 4 bis 6 ist anzuwenden.

§ 66

Niederschrift

(1) Die Wahlbehörde hat hierauf den Wahlvorgang und das örtliche Wahlergebnis in einer Niederschrift zu beurkunden.

(2) Die Niederschrift hat zu enthalten:

1. die Bezeichnung der Wahlbehörde und des Wahlortes (Gemeinde, politischer Bezirk, Wahlsprengel, Wahllokal) sowie den Wahltag,
2. die Namen der anwesenden Mitglieder und Ersatzmitglieder der Wahlbehörde sowie der Vertrauenspersonen,
3. die Namen der anwesenden Wahlzeugen,
4. die Zeit des Beginnes und Schlusses der Wahlhandlung,
5. die Anzahl der übernommenen amtlichen Stimmzettel,
6. die Namen der Wahlkartenwähler unter besonderer Hervorhebung der Wahlkartenwähler aus anderen Wahlkreisen,
7. die Beschlüsse der Wahlbehörde über die Zulassung oder Nichtzulassung von Wählern zur Stimmabgabe,

8. sonstige Beschlüsse der Wahlbehörde, die während der Wahlhandlung gefaßt wurden (zB Unterbrechung der Wahlhandlung),
9. die Feststellungen der Wahlbehörde nach dem § 65 Abs. 3, 4 und 5 sowie die von den einzelnen Wahlwerbern erreichte Zahl von Wahlpunkten und Vorzugsstimmen. Bei festgestellten ungültigen Stimmen ist auch der Grund der Ungültigkeit anzuführen;
10. die Feststellung über die Einbeziehung der bei der Sonderwahlbehörde abgegebenen Stimmzettel.

(3) Der Niederschrift sind anzuschließen:

1. das Wählerverzeichnis,
2. das Abstimmungsverzeichnis,
3. die Wahlkarten der Wahlkartenwähler,
4. die Empfangsbestätigung über die Anzahl der übernommenen amtlichen Stimmzettel,
5. die ungültigen Stimmzettel, die in abgesonderten Umschlägen mit entsprechenden Aufschriften zu verpacken sind,
6. die gültigen Stimmzettel, die, nach den Parteien geordnet, in abgesonderten Umschlägen mit entsprechenden Aufschriften zu verpacken sind,
7. die nicht zur Ausgabe gelangten amtlichen Stimmzettel (§ 65 Abs. 2),
8. die von den Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen abgegebenen Wahlkuverts (§ 65 Abs. 3),
9. die von der Sonderwahlbehörde gemäß § 65 Abs. 9 zweiter Satz verfaßte Niederschrift und die dieser Niederschrift angeschlossenen Unterlagen.

(4) Die Niederschrift ist hierauf von den Mitgliedern der Wahlbehörde zu unterfertigen. Wird sie nicht von allen Mitgliedern unterschrieben, ist der Grund hierfür anzugeben.

(5) Damit ist die Wahlhandlung beendet.

(6) Die Niederschrift samt ihren Beilagen bildet den Wahlakt der Wahlbehörde.

§ 67

Zusammenrechnung der Sprengelergebnisse, Übermittlung der Wahlakten

(1) In Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, haben die Gemeindewahlbehörden die ihnen von den Sprengelwahlbehörden gemäß § 65 bekanntgegebenen Ergebnisse für den gesamten Bereich der Gemeinde zusammenzurechnen und die so ermittelten Feststellungen der Kreiswahlbehörde, je nach deren Anordnungen unmittelbar oder im Wege der Bezirkswahlbehörde, unverzüglich auf die schnellste Art bekanntzugeben.

(2) Die Sprengelwahlbehörden in den im Abs. 1 bezeichneten Gemeinden haben die Wahlakten, verschlossen und womöglich im versiegelten Umschlag, unverzüglich der Gemeindewahlbehörde zu übermitteln. Die Gemeindewahlbehörden haben die von den Sprengelwahlbehörden gemäß § 65 vorgenommenen Feststellungen auf Grund der Niederschriften zu überprüfen, für den gesamten Bereich der Gemeinden zusammenzurechnen und in einer Niederschrift zu beurkunden. Für die Niederschrift gelten die Bestimmungen des §

66 Abs. 2 Z 1 bis 4, 7, 8 und 9 sinngemäß. Die Niederschrift hat insbesondere das Gesamtergebnis der Wahl für den Bereich der Gemeinde in der im § 65 Abs. 4, 5 und 6 gegliederten Form zu enthalten.

(3) Den Niederschriften der im Abs. 1 bezeichneten Gemeindewahlbehörden sind die Wahlakten der Sprengelwahlbehörden und der Sonderwahlbehörden als Beilagen anzuschließen. Sie bilden in diesen Gemeinden den Wahlakt der Gemeindewahlbehörde.

(4) Die Niederschrift ist von den Mitgliedern der Gemeindewahlbehörde zu unterfertigen. Wird sie nicht von allen Mitgliedern unterschrieben, ist der Grund hierfür anzugeben.

§ 68

Übermittlung der Wahlakten an die Kreiswahlbehörden

(1) Die Gemeindewahlbehörde hat die Wahlakten verschlossen so rasch wie möglich der Kreiswahlbehörde zu übermitteln.

(2) Kann die Übermittlung gemäß Abs. 1 nicht mehr am Wahltag erfolgen, so hat die Gemeindewahlbehörde die von den Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen abgegebenen Wahlkuverts gesondert so rasch wie möglich an die Kreiswahlbehörde weiterzuleiten.

(3) Die Kreiswahlbehörden können anordnen, daß die Übermittlung gemäß Abs. 1 und 2 an die unmittelbar oder im Wege der Bezirkswahlbehörden zu erfolgen hat.

§ 69

Besondere Maßnahmen bei außergewöhnlichen Ereignissen

(1) Treten Umstände ein, die den Anfang, die Fortsetzung oder die Beendigung der Wahlhandlung verhindern, so kann die Wahlbehörde die Wahlhandlung verlängern oder auf den nächsten Tag verschieben.

(2) Jede Verlängerung oder Verschiebung ist sofort auf ortsübliche Weise zu verlautbaren und der Bezirkswahlbehörde bekanntzugeben.

(3) Hatte die Abgabe der Stimmen bereits begonnen, so sind die Wahlakten und die Wahlurnen samt den darin enthaltenen Wahlkuverts und Stimmzetteln von der Wahlbehörde bis zur Fortsetzung der Wahlhandlung unter Verschuß zu nehmen und sicher zu verwahren.

V. Hauptstück
Ermittlungsverfahren

1. Abschnitt
Vorläufiges Wahlergebnis

§ 70

**Feststellung der Zahl der von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen abgegebenen
Wahlkuverts, Bericht an die Landeswahlbehörde**

Jede Kreiswahlbehörde hat zunächst, sobald bei ihr alle gemäß §§ 65 Abs. 8 und 67 Abs. 1 zu erstattenden Berichte eingelangt sind, umgehend die Gesamtzahl der in ihrem Bereich von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen abgegebenen Wahlkuverts festzustellen und diese Zahl unverzüglich der Landeswahlbehörde auf die schnellste Art bekanntzugeben.

§ 71

Vorläufige Ermittlung im Wahlkreis, Bericht an die Landeswahlbehörde

(1) Die Kreiswahlbehörde hat hierauf aufgrund der ihr gemäß §§ 65 Abs. 8 und 67 Abs. 1 erstatteten Berichte das vorläufige Stimmenergebnis im gesamten Wahlkreis zu ermitteln. Die von Wahlkartenwählern im Wahlkreis für andere Wahlkreise abgegebenen Stimmen sind hiebei nicht mitzuzählen.

(2) Die Kreiswahlbehörde hat das von ihr nach Abs. 1 ermittelte vorläufige Stimmenergebnis im Wahlkreis unverzüglich der Landeswahlbehörde auf die schnellste Art bekanntzugeben. Der Landeswahlbehörde sind zu berichten:

1. die Zahl der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen,
2. die Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen,
3. die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen,
4. die auf die einzelnen Parteien entfallenden abgegebenen gültigen Stimmen (Parteisummen).

§ 72

**Behandlung übermittelter Wahlkuverts von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen,
Bericht an die Landeswahlbehörde**

(1) Nachdem sämtliche von den Gemeindewahlbehörden gemäß § 68 übermittelten Wahlkuverts von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen bei der Kreiswahlbehörde eingelangt sind und überdies auf Grund der Bekanntgabe gemäß § 65 Abs. 8 feststeht, daß weitere derartige Wahlkuverts nicht mehr einlangen werden, ist die Zahl der für jeden der sechs anderen Wahlkreise in ihrem Bereich abgegebenen Wahlkuverts festzustellen.

(2) Die nach Abs. 1 getroffenen Feststellungen sind von der Kreiswahlbehörde unverzüglich der Landeswahlbehörde auf die schnellste Art bekanntzugeben. Falls bei einem Wahlkreis solche Feststellungen mangels Stimmabgabe durch Wahlkartenwähler nicht vorgenommen wurden, ist auch dies mitzuteilen.

(3) Jede Kreiswahlbehörde hat die von den Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen abgegebenen Wahlkuverts nach den sechs anderen Wahlkreisen zu ordnen und für jeden der Wahlkreise die Feststellungen nach Abs. 1 in einer gesonderten Niederschrift zu beurkunden. Die Niederschriften sind vom Kreiswahlleiter zu unterfertigen und mit den zugehörigen Wahlkuverts den zuständigen Kreiswahlbehörden in einem versiegelten Umschlag durch Boten zu übermitteln. Eine Durchschrift dieser Niederschrift verbleibt bei der Kreiswahlbehörde. Abs. 2 letzter Satz gilt sinngemäß.

§ 73

Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses durch die Landeswahlbehörde

(1) Die Landeswahlbehörde hat auf Grund der bei ihr von den Kreiswahlbehörden gemäß §§ 71 Abs. 2 und 72 Abs. 2 einlangenden Berichte zunächst für jeden der sieben Wahlkreise und das gesamte Landesgebiet vorläufig festzustellen:

1. die Zahl der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen,
2. die Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen,
3. die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen,
4. die auf die einzelnen Parteien entfallenden abgegebenen gültigen Stimmen (Parteiumsummen).

(2) Hierauf hat die Landeswahlbehörde unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der §§ 75 und 76 die nach den vorläufigen Wahlergebnissen auf die einzelnen Parteien vorläufig entfallenden Mandate zu ermitteln.

2. Abschnitt

Erstes Ermittlungsverfahren

§ 74

Endgültiges Ergebnis im Wahlkreis

Die Kreiswahlbehörde hat auf Grund der ihr gemäß § 68 übermittelten Wahlakten die festgestellten Wahlergebnisse auf etwaige Irrtümer in den zahlenmäßigen Ergebnissen zu überprüfen, diese erforderlichenfalls richtigzustellen und die von der Landeswahlbehörde für die Wahlkreise gemäß § 73 nur vorläufig getroffenen Feststellungen nunmehr endgültig zu ermitteln und unverzüglich der Landeswahlbehörde bekanntzugeben. Die gemäß § 72 Abs. 3 von den anderen Kreiswahlbehörden übermittelten Wahlkuverts von Wahlkartenwählern sind unter Setzung entsprechender Vorkehrungen zur Wahrung des Wahlgeheimnisses miteinzubeziehen. Das Stimmenergebnis im Wahlkreis ist in einem Stimmenprotokoll festzuhalten.

§ 75

Ermittlung der Wahlzahl durch die Landeswahlbehörde

(1) Nach Einlangen aller gemäß § 74 übermittelten Berichte der Kreiswahlbehörden hat die Landeswahlbehörde die Wahlzahl zu ermitteln.

(2) (Verfassungsbestimmung) Für die Ermittlung der Wahlzahl sind die Parteisummen der Parteien, die im gesamten Landesgebiet mindestens 5 vH der abgegebenen gültigen Stimmen erzielt haben, heranzuziehen.

(3) (Verfassungsbestimmung) Die Wahlzahl wird gefunden, indem die Gesamtsumme der im Landesgebiet für die Parteien (Abs. 2) abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl 36 geteilt wird. Die so gewonnene und in jedem Fall auf die nächstfolgende ganze Zahl zu erhöhende Zahl ist die Wahlzahl.

(4) Die ermittelte Wahlzahl ist unverzüglich allen Kreiswahlbehörden auf die schnellste Art bekanntzugeben.

§ 76

**Zuteilung der Mandate an die Parteien durch die Kreiswahlbehörde
(Verfassungsbestimmung)**

(1) Die im Wahlkreis zu vergebenden Mandate sind auf Grund der Wahlzahl (§ 75 Abs. 3) auf die Parteien zu verteilen.

(2) Jede Partei erhält so viele Mandate, wie die Wahlzahl in ihrer Parteisumme im Wahlkreis enthalten ist.

§ 77

Zuweisung der Mandate auf die Wahlwerber durch die Kreiswahlbehörde

(1) Die auf eine Partei gemäß § 76 entfallenden Mandate sind den Wahlwerbern dieser Partei - vorbehaltlich der Abs. 3 und 4 - in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Wahlpunktezahlen zuzuweisen.

(2) Zu diesem Zweck ermittelt die Kreiswahlbehörde auf Grund der Feststellungen der Gemeinde- und Sprengelwahlbehörden (§ 65 Abs. 6) und der Stimmzettel aus den ihr gemäß § 72 Abs. 3 übermittelten Wahlkuverts die Gesamtsumme der Vorzugsstimmen und Wahlpunkte, die auf jeden der auf dem Stimmzettel angeführten Wahlwerber entfallen sind. § 65 Abs. 6 und 7 gilt sinngemäß. Das Ergebnis dieser Ermittlung ist in einem Vorzugsstimmenprotokoll festzuhalten.

(3) Ein Wahlwerber, dem nicht bereits nach Abs. 1 ein Mandat zuzuweisen ist, erhält ein Mandat (Vorzugsstimmenmandat), wenn die Zahl seiner Vorzugsstimmen

1. größer ist als die der anderen Wahlwerber seiner Partei, denen kein Mandat nach Abs. 1 zugewiesen wurde, und
2. mindestens so groß ist wie 15 vH der für seine Partei abgegebenen gültigen Stimmen.

(4) Wenn ein Wahlwerber ein Vorzugsstimmenmandat nach Abs. 3 erhält, rückt er an die letzte Stelle, auf die noch ein Mandat gemäß § 76 entfällt. Die Wahlwerber, die er dabei überholt, sind um eine Stelle zurückzureihen.

(5) Bei gleicher Wahlpunktezahl im Falle des Abs. 1 entscheidet das Los. Dasselbe gilt, wenn zwei Wahlwerber einer Partei die gleiche Zahl von Vorzugsstimmen haben und im übrigen nach der Regelung des Abs. 3 für ein Vorzugsstimmenmandat in Betracht kommen.

(6) Wahlwerber, die für die Zuweisung eines Mandates nicht in Betracht kommen, gelten in der gemäß Abs. 1, 4 und 5 zu bestimmenden Reihenfolge als Ersatzmitglieder.

§ 78

Niederschrift über das erste Ermittlungsverfahren

(1) Die Kreiswahlbehörde hat das Wahlergebnis in einer Niederschrift zu verzeichnen.

(2) Die Niederschrift hat zu enthalten:

1. die Bezeichnung des Wahlkreises, den Ort und die Zeit der Amtshandlung,
2. die Namen der anwesenden Mitglieder und Ersatzmitglieder der Kreiswahlbehörde sowie der Vertrauenspersonen,
3. die allfälligen Feststellungen gemäß § 74,
4. das endgültig ermittelte Wahlergebnis im Wahlkreis in der nach § 71 Abs. 2 gegliederten Form,
5. die Wahlzahl,
6. die Zahl der auf jede Partei entfallenden Mandate,
7. die Zahl der Restmandate,
8. die Zahl der auf jede Partei entfallenden Reststimmen,
9. die Namen der im ersten Ermittlungsverfahren gewählten Abgeordneten der einzelnen Parteien in der Reihenfolge ihrer Berufung unter Anführung der von ihnen erreichten Zahl von Wahlpunkten und Vorzugsstimmen,
10. die Namen der im ersten Ermittlungsverfahren gewählten Ersatzmitglieder der einzelnen Parteien in der Reihenfolge ihrer Berufung unter Anführung der von ihnen erreichten Zahl von Wahlpunkten und Vorzugsstimmen.

(3) Der Niederschrift der Kreiswahlbehörde sind die Niederschriften der Sprengelwahlbehörden und Gemeindewahlbehörden sowie die gemäß § 40 veröffentlichten Kreiswahlvorschläge anzuschließen. Sie bilden samt ihren Beilagen den Wahlakt der Kreiswahlbehörde.

(4) Die Niederschrift ist von den Mitgliedern der Kreiswahlbehörde zu unterfertigen. Wird sie nicht von allen Mitgliedern unterschrieben, ist der Grund hierfür anzugeben.

§ 79

Verlautbarung der gewählten Bewerber, Übermittlung der Wahlakten

(1) Die Kreiswahlbehörde hat durch Anschlag an der Amtstafel des Amtes, dem der Vorsitzende der Kreiswahlbehörde angehört, zu verlautbaren:

1. die Namen der im ersten Ermittlungsverfahren gewählten Abgeordneten und Ersatzmitglieder unter Anführung des Berufes, des Geburtsjahres und der Adresse sowie unter Beifügung der von ihnen erzielten Zahl von Wahlpunkten und Vorzugsstimmen,
2. die Zahl der verbliebenen Restmandate,
3. die Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Reststimmen.

Die Verlautbarung hat auch den Zeitpunkt zu enthalten, an dem sie an der Amtstafel angeschlagen wird.

(2) Die Wahlakten der Kreiswahlbehörde sowie eine Abschrift der Verlautbarung nach Abs. 1 sind unverzüglich der Landeswahlbehörde zu übermitteln.

3. Abschnitt Zweites Ermittlungsverfahren

§ 80

Parteien, die am Ermittlungsverfahren teilnehmen (Verfassungsbestimmung)

Im zweiten Ermittlungsverfahren nehmen Parteien teil, die

1. im ersten Ermittlungsverfahren zumindest in einem der Wahlkreise ein Mandat oder im gesamten Landesgebiet mindestens 5 vH der abgegebenen gültigen Stimmen erzielt haben und
2. einen Landeswahlvorschlag (§ 81) eingebracht haben.

§ 81

Einbringung der Landeswahlvorschläge

(1) Der Landeswahlvorschlag ist spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag bis 16 Uhr bei der Landeswahlbehörde einzubringen; er muß von wenigstens einer Person unterschrieben sein, die in einem Kreiswahlvorschlag eines Wahlkreises als zustellungsbevollmächtigter Vertreter einer Partei derselben Parteibezeichnung aufgenommen ist. In den Landeswahlvorschlag können auch Personen aufgenommen werden, die als Bewerber dieser Partei in einem Kreiswahlvorschlag angeführt sind.

(2) Der Landeswahlvorschlag hat zu enthalten:

1. die unterscheidende Parteibezeichnung in Worten und eine allfällige Kurzbezeichnung, bestehend aus nicht mehr als fünf Buchstaben, die ein Wort ergeben können;
2. die Parteiliste, das ist ein Verzeichnis der Bewerber für die Zuweisung von Mandaten im zweiten Ermittlungsverfahren. In der Parteiliste sind die Bewerber in der beantragten, mit

arabischen Ziffern bezeichneten Reihenfolge unter Angabe des Familien- und Vornamens, Geburtsjahres, Berufes und der Adresse jedes Bewerbers zu verzeichnen. Bei jedem Bewerber ist auch anzugeben, in welchem Wahlkreis er als Bewerber eines Kreiswahlvorschlages aufscheint;

3. die Bezeichnung des zustellungsbevollmächtigten Vertreters (Familien- und Vorname, Beruf, Adresse).

(3) Die Landeswahlbehörde hat die Landeswahlvorschläge unverzüglich nach ihrem Einlangen zu überprüfen, ob sie den Vorschriften der Abs. 1 und 2 entsprechen. Landeswahlvorschläge, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, gelten als nicht eingebracht.

(4) Die Landeswahlbehörde hat spätestens am siebenten Tag vor dem Wahltag die Landeswahlvorschläge abzuschließen und durch Anschlag an der Amtstafel des Amtes der Landesregierung zu verlautbaren.

§ 82

Ermittlung und Zuteilung der Restmandate (Verfassungsbestimmung)

(1) Die Landeswahlbehörde stellt zunächst auf Grund der ihr von den Kreiswahlbehörden gemäß § 79 Abs. 2 übermittelten Wahlakten die Anzahl der im zweiten Ermittlungsverfahren zu vergebenden Restmandate und die Summe der bei jeder gemäß § 80 in Betracht kommenden Partei verbliebenen Reststimmen fest.

(2) Auf diese Parteien werden die im zweiten Ermittlungsverfahren zu vergebenden Restmandate mittels der Wahlzahl, die nach den Bestimmungen der Abs. 3 und 4 zu berechnen ist, verteilt.

(3) Die Summen der Reststimmen werden, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben; unter jede Summe wird die Hälfte geschrieben, darunter das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiterfolgenden Teilzahlen.

(4) Als Wahlzahl gilt bei bloß einem zu vergebenden Restmandat die größte, bei zwei zu vergebenden Restmandaten die zweitgrößte, bei drei Restmandaten die drittgrößte, bei vier die viertgrößte usw. Zahl der so angeschriebenen Zahlen.

(5) Jede Partei erhält soviele Restmandate, wie die Wahlzahl in ihrer Reststimmensumme enthalten ist. Wenn nach dieser Berechnung zwei Parteien auf ein Restmandat den gleichen Anspruch haben, entscheidet das Los.

§ 83

Gewählte Bewerber, Niederschrift, Verlautbarung

(1) Die im zweiten Ermittlungsverfahren zugewiesenen Mandate (§ 82) werden den Wahlwerbern der Parteien in der Reihenfolge des Landeswahlvorschlages zugewiesen. Ist ein Wahlwerber im zweiten Ermittlungsverfahren und in einem Wahlkreis als Abgeordneter

gewählt, so ist ihm kein Mandat vom Landeswahlvorschlag zuzuweisen. Für die Berufung von Wahlwerbern für die so nicht vergebenen Mandate gilt § 85 Abs. 3 erster bis vierter Satz sinngemäß. Wahlwerber, die für die Zuweisung eines Mandates nicht in Betracht kommen, gelten als Ersatzmitglieder.

(2) Die Landeswahlbehörde hat das Ergebnis ihrer Feststellungen im zweiten Ermittlungsverfahren wie folgt zusammenzufassen:

1. die Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Reststimmensummen,
2. die Zahl der auf jede Partei entfallenden Restmandate,
3. die Namen der Bewerber, denen Restmandate gemäß § 82 zugewiesen wurden.

(3) Das Ergebnis der Ermittlungen der Landeswahlbehörde ist in einer Niederschrift zu verzeichnen. Diese Niederschrift hat zu enthalten:

1. die Namen der anwesenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie Vertrauenspersonen der Landeswahlbehörde,
2. die Feststellungen gemäß Abs. 2.

Die Niederschrift ist von den Mitgliedern der Landeswahlbehörde zu unterfertigen. Wird sie nicht von allen Mitgliedern unterschrieben, so ist der Grund hierfür anzugeben.

(4) Das Ergebnis der Ermittlungen ist in der im Abs. 2 bezeichneten Form unverzüglich zu verlautbaren. Die Verlautbarung hat an der Amtstafel des Amtes der Landesregierung zu erfolgen. Die Verlautbarung hat auch den Zeitpunkt zu enthalten, an dem sie an der Amtstafel angeschlagen wurde.

4. Abschnitt

§ 84

Einspruch gegen ziffernmäßige Ermittlungen

(1) Dem zustellungsbevollmächtigten Vertreter einer Partei steht es frei, gegen die ziffernmäßigen Ermittlungen einer Kreiswahlbehörde innerhalb von drei Tagen nach der gemäß § 79 Abs. 1 erfolgten Verlautbarung bei der Landeswahlbehörde schriftlich Einspruch zu erheben.

(2) Im Einspruch ist hinreichend glaubhaft zu machen, warum und inwieferne die ziffernmäßigen Ermittlungen der Kreiswahlbehörde nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechen. Fehlt diese Begründung, kann der Einspruch ohne weitere Überprüfung abgewiesen werden.

(3) Wird ein hinlänglich begründeter Einspruch erhoben, so überprüft die Landeswahlbehörde auf Grund der ihr vorliegenden Schriftstücke das Wahlergebnis. Ergibt sich aus diesen Schriftstücken die Unrichtigkeit der Ermittlung, so hat die Landeswahlbehörde sofort das Ergebnis der Ermittlung richtigzustellen, die Verlautbarung der Kreiswahlbehörde zu widerrufen und das richtige Ergebnis zu verlautbaren.

(4) Gibt die Überprüfung keinen Anlaß zur Richtigstellung der Ermittlungen, so hat die Landeswahlbehörde den Einspruch abzuweisen.

5. Abschnitt
Ersatzmitglieder, Wahlscheine

§ 85

Berufung, Ablehnung, Verzicht, Streichung

(1) Wahlwerber, die für die Zuweisung eines Mandates nicht in Betracht gekommen sind oder ein Mandat nicht angenommen haben, sowie solche, die ihr Mandat angenommen, in der Folge aber hierauf verzichtet haben, bleiben Ersatzmitglieder, solange sie nicht ausdrücklich ihre Streichung aus der Liste der Ersatzmitglieder verlangt haben (Abs. 5).

(2) Für Wahlwerber, die aus Anlaß ihrer Wahl in die Landesregierung ihr Mandat nicht angenommen oder auf ihr Mandat verzichtet haben, ist ein Ersatzmitglied aus der Liste der Ersatzmitglieder zur Ausübung dieses Mandates zu berufen. Solche Wahlwerber erhalten nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt das Mandat von der zuständigen Wahlbehörde erneut zugewiesen, so sie dieser gegenüber nicht binnen acht Tagen auf dessen Wiederausübung verzichten. Dadurch wird der Wahlwerber, der das Mandat im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Amt ausübt, wieder Ersatzmitglied, solange er nicht ausdrücklich seine Streichung aus der Liste der Ersatzmitglieder verlangt hat (Abs. 5).

(3) Ersatzmitglieder werden von der Landeswahlbehörde auf frei gewordene Mandate berufen. Die Reihenfolge für die Berufung der Ersatzmitglieder, die im ersten Ermittlungsverfahren gewählt wurden, bestimmt sich nach § 77, die Reihenfolge für die Berufung der Ersatzmitglieder auf Landeswahlvorschlägen nach der Reihenfolge des Landeswahlvorschlages. Der zustellungsbevollmächtigte Vertreter der Partei, auf deren Landeswahlvorschlag das Ersatzmitglied aufscheidet, kann der Landeswahlbehörde binnen vier Tagen auch ein anderes auf dem Landeswahlvorschlag enthaltenes Ersatzmitglied zur Berufung auf das frei gewordene Mandat bekanntgeben. Dabei dürfen Wahlwerber, denen bereits ein Mandat auf einem Kreiswahlvorschlag zugewiesen wurde, nicht auf dem Landeswahlvorschlag berufen werden. Wurde einem auf einem Kreiswahlvorschlag zu berufenden Wahlwerber bereits ein Mandat auf dem Landeswahlvorschlag zugewiesen, so ist ihm das Mandat auf dem Kreiswahlvorschlag zuzuweisen. Für das Mandat auf dem Landeswahlvorschlag ist gemäß den vorstehenden Bestimmungen ein anderes Ersatzmitglied zu berufen. Der Name der berufenen Ersatzmitglieder ist durch Anschlag an der Amtstafel des Amtes der Landesregierung zu verlautbaren.

(4) Lehnt ein Ersatzmitglied, das für ein frei gewordenes Mandat berufen wird, diese Berufung ab, so bleibt er dennoch in der Reihe auf der Liste der Ersatzmitglieder.

(5) Ein Ersatzmitglied auf dem Kreiswahlvorschlag und ein Ersatzmitglied auf dem Landeswahlvorschlag kann jederzeit nach der Wahl von der Landeswahlbehörde seine Streichung verlangen. Die erfolgte Streichung ist durch Anschlag an der Amtstafel des Amtes der Landesregierung zu verlautbaren.

§ 86

Erschöpfung der Wahlvorschläge

(1) Ist die gemäß § 77 erstellte Liste der Ersatzmitglieder erschöpft, so hat die Landeswahlbehörde den zustellungsbevollmächtigten Vertreter jener Partei, deren Kreiswahlvorschlag diese Reihung zuzuordnen ist, aufzufordern, binnen 14 Tagen bekanntzugeben, welche von den für andere Wahlkreise aufscheinenden Ersatzmitglieder im Fall der Erledigung von Mandaten von der Landeswahlbehörde auf frei werdende Mandate zu berufen sind.

(2) Ist auf dem Landeswahlvorschlag die Liste der Ersatzmitglieder erschöpft, so hat die Landeswahlbehörde den zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Partei, die den Landeswahlvorschlag eingebracht hat, aufzufordern, binnen 14 Tagen bekanntzugeben, welche bisher nicht auf dem Landeswahlvorschlag stehenden Bewerber von Wahlkreisen auf frei werdende Mandate zu berufen sind.

§ 87

Wahlscheine

Jeder Abgeordnete erhält nach seiner Wahl oder nach seiner gemäß § 85 erfolgten Berufung von der Landeswahlbehörde den Wahlschein, der ihn zum Eintritt in den Landtag berechtigt.

VI. Hauptstück Schlußbestimmungen

§ 88

Fristen

(1) Der Beginn und der Lauf einer in diesem Gesetz vorgesehenen Frist wird durch Samstage, Sonntage, Feiertage oder den Karfreitag nicht behindert. Fällt das Ende einer Frist auf einen solchen Tag, ist der nächste Werktag als letzter Tag der Frist anzusehen.

(2) Für die Berechnung von Fristen gilt § 32 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991.

(3) Die Tage des Postenlaufes werden in die Frist eingerechnet.

§ 89

Notmaßnahmen

Wenn die Wahlen infolge Störungen des Verkehrs, Unruhen oder aus anderen Gründen nicht gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden können, kann die Landesregierung durch Verordnung die Vornahme dieser Wahlen außerhalb des Wahlortes

oder Wahlkreises, die unmittelbare Einsendung der Stimmzettel an die Landeswahlbehörde sowie jene sonstigen Änderungen an den Vorschriften dieses Gesetzes verfügen, die zur Ausübung des Wahlrechtes unabweislich geboten sind.

§ 90

Wahlkosten

(1) Die Kosten für Papier und Drucksorten werden vom Land getragen. Die aus der Durchführung der Wahl entstehenden zusätzlichen Kosten sind den Gemeinden nach der Wahl in Bauschbeträgen zu vergüten. Diese sind durch Verordnung der Landesregierung festzusetzen. Für die Berechnung des Kostenersatzes ist die Anzahl der im abgeschlossenen Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten maßgebend.

(2) Die den Gemeinden zu vergütenden Wahlkosten sind binnen 60 Tagen nach dem Wahltag den Gemeinden zu überweisen.

§ 91

Gebührenfreiheit

Die im Verfahren nach diesem Gesetz erforderlichen Eingaben und sonstigen Schriften sind von den landesgesetzlich geregelten Abgaben befreit.

§ 92

Personenbezogene Ausdrücke

Wenn Funktionen nach diesem Gesetz von Frauen ausgeübt werden, so kann die weibliche Form der Bezeichnung, die für die jeweilige Funktion vorgesehen ist, verwendet werden.

§ 93

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

Die in diesem Gesetz geregelten Angelegenheiten sind, unbeschadet der Zuständigkeiten der Landesregierung, der Landeswahlbehörde, der Kreiswahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden sowie mit Ausnahme der Anlegung der Wählerverzeichnisse und mit Ausnahme der Strafbestimmungen, solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde.

§ 94

Strafbestimmungen

(1) Eine Übertretung begeht, wer

1. offensichtlich mutwillig Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis erhebt,
2. den Verboten des § 45 über die Wahlwerbung, die Ansammlung von Menschen und das Tragen von Waffen zuwiderhandelt,
3. die Anordnungen des Wahlleiters zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei der Wahlhandlung nicht befolgt (§ 48),
4. Wörter, Bemerkungen oder Zeichen auf Wahlkuverts anbringt (§ 55 Abs. 2),
5. unbefugt amtliche Stimmzettel (§§ 56 und 57) oder dem amtlichen Stimmzettel gleiche oder ähnliche Stimmzettel in Auftrag gibt, herstellt, vertreibt oder verteilt.

(2) Übertretungen nach Abs. 1 sind, sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 10 000 S zu bestrafen.

(3) Bei Übertretungen nach Abs. 1 Z 5 können die betreffenden Stimmzettel für verfallen erklärt werden.

§ 95

Außerkräftreten von Bestimmungen
(Verfassungsbestimmung)

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Gesetz vom 30. Oktober 1978 über die Wahl des Burgenländischen Landtages (Landtagswahlordnung 1978 - LTWO), LGBl.Nr. 8/1979, in der Fassung der Gesetze LGBl.Nr. 16/1982 und LGBl.Nr. 2/1989, außer Kraft.

Ortschaft: _____ Wahlsprengel: _____

Gemeinde: _____ Wählerverzeichnis Nr.: _____

Polit. Bezirk: _____ Wahlkreis Nr.: _____

Wahlkarte

für

Familien- und Vorname: _____

Geburtsjahr: _____

Adresse: _____

Die genannte Person ist berechtigt, das Wahlrecht auch außerhalb des Ortes, an dem sie im Wählerverzeichnis eingetragen ist, auszuüben. Die Wahlkarte entbindet nicht von der Verpflichtung, der Wahlbehörde anlässlich der Stimmabgabe eine Urkunde oder eine sonstige amtliche Bescheinigung, aus der die Identität ersichtlich ist, vorzulegen. Diese Wahlkarte ist sorgfältig zu verwahren und dem Wahlleiter anlässlich der Stimmabgabe zu übergeben. . .
Für abhanden gekommene oder unbrauchbar gewordene Wahlkarten werden keine Gleichstücke ausgestellt.

Der Bürgermeister:

_____, am _____

Polit. Bezirk:

Fortl. Nr.

Gemeinde:

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Der Gefertigte geb. am.....
(Vor- und Familienname)

wohnhaft in
unterstützt hiermit den von der

.....
(Name der wahlwerbenden Partei)

im Wahlkreis eingebrachten Wahlvorschlag.

.....
(Eigenhändige Unterschrift mit Angabe von
Vor- und Familiennamen)

Raum für allfällige gerichtliche
oder notarielle Beglaubigung
der obigen Unterschrift

Bestätigung der Gemeindebehörde

Die Gemeinde polit. Bezirk:
(Name der Gemeinde)
bestätigt hiermit, daß der/die Obgenannte am in der Landes-Wählerevidenz (Sprengel Nr.)
(Stichtag)
als wahlberechtigt eingetragen ist.

Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung wurde vor der Gemeindebehörde
geleistet*) / war gerichtlich*) / notariell beglaubigt*).

..... am Gemeindesiegel
(Unterschrift)

*) Nichtzutreffendes streichen

AMTlicher Stimmzettel

für die Landtagswahl am

Wahlkreis

Anlage 6

(Lsg. Nr. 13)

(Parteibezeichnung, allfällige Kurzbezeichnung)

Wahlwerber

1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(Parteibezeichnung, allfällige Kurzbezeichnung)

Wahlwerber

1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(Parteibezeichnung, allfällige Kurzbezeichnung)

Wahlwerber

1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(Parteibezeichnung, allfällige Kurzbezeichnung)

Wahlwerber

1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(Parteibezeichnung, allfällige Kurzbezeichnung)

Wahlwerber

1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(Parteibezeichnung, allfällige Kurzbezeichnung)

Wahlwerber

1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
21.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
22.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
23.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
24.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
25.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
26.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Hinweis für das Ausfüllen des Stimmzettels:

Sie wählen eine Partei, indem Sie in den Kreis neben der Parteibezeichnung ein X einsetzen

Außerdem können Sie den Wahlwerbern der von Ihnen gewählten Partei Vorzugsstimmen geben. Sie haben drei Vorzugsstimmen. Sie können die Vorzugsstimmen auf drei Wahlwerber verteilen oder zwei Vorzugsstimmen demselben Wahlwerber zukommen lassen. Setzen Sie für jede Vorzugsstimme ein X in das Kästchen neben dem bevorzugten Wahlwerber

Wahlkreis-Nr.
Von der Wahlbehörde einzusetzen!

LEERER AMTLICHER STIMMZETTEL
FÜR DIE
LANDTAGSWAHL AM

Vom Wähler gewählte Partei (Kurzbezeichnung)	
Bezeichnung eines Wahlwerbers	1. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 2. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> 3. <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Hinweis für das Ausfüllen des Stimmzettels:

Sie können Wahlwerbern der von Ihnen gewählten Partei Vorzugsstimmen geben. Sie haben drei Vorzugsstimmen. Sie können die Vorzugsstimmen auf drei Wahlwerber verteilen oder zwei Vorzugsstimmen demselben Wahlwerber zukommen lassen. Tragen Sie den oder die von Ihnen bevorzugten Wahlwerber in die zweite Spalte ein und setzen Sie für jede Vorzugsstimme ein X in das Kästchen neben dem eingetragenen Wahlwerber.

Vorblatt

Problem:

Die derzeit geltende burgenländische Landtagswahlordnung stammt aus dem Jahre 1978 (LGBl. Nr. 8/1979, i.d.F. LGBl. Nr. 16/1982, 2/1989). Zur Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung, vor allem um dem Personalisierungswunsch der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen, war eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen geboten.

Lösung:

Neuerlassung der Landtagswahlordnung, wobei bewährte Bestimmungen der bisher geltenden Landtagswahlordnung 1978 und entsprechende, zweckmäßige Bestimmungen der Nationalrats- Wahlordnung 1992 bzw. der Gemeindewahlordnung 1992 übernommen werden.

Alternativen:

Keine

Kosten:

Der Entwurf einer Novelle zum L-VG sieht vor, daß das Burgenland für die Wahl in den Landtag in sieben Wahlkreise eingeteilt wird. Durch den Vollzug des vorliegenden Entwurfes werden dem Land - mit Ausnahme der Kosten für die Stimmzettel und Musterstimmzettel - keine ins Gewicht fallenden Mehrkosten entstehen. Die Kosten für die Stimmzettel werden sich jedoch auf Grund des Umstandes, daß nunmehr sieben Wahlkreise vorgesehen sind sowie auf Grund des größeren Formates des Stimmzettels und der Auflegung von Musterstimmzetteln verdreifachen. Den Gemeinden werden geringfügige Mehrkosten durch die Zustellung der Musterstimmzettel entstehen.

EU-Konformität:

Der vorliegende Entwurf steht nicht im Widerspruch zu EU-Regelungen.

ERLÄUTERENDE BEMERKUNGEN

A. Allgemeiner Teil

I.

Allgemeines

Anlaß für dieses im Entwurf vorliegende Gesetz über die Wahl des Burgenländischen Landtages war durch die Einführung eines Vorzugsstimmenmodells dem Wunsch der Bevölkerung nach Personalisierung des Wahlrechtes Rechnung zu tragen. Als wesentliche Neuerungen sind die Herabsetzung des Wahlalters, eine Definition des Begriffes "Wohnsitz" und besondere Regelungen über das erste Ermittlungsverfahren vorgesehen.

II.

Wahl der Mitglieder des Landtages

Artikel 95 B-VG sieht vor, daß die Mitglieder des Landtages in einem Verhältniswahlverfahren zu wählen sind. Zwar besteht für die Regelung des Wahlrechtes eine Bindung an das Verhältniswahlrecht, in dessen Rahmen ist jedoch kein bestimmtes System vorgesehen.

Beim nunmehr vorliegenden Entwurf handelt es sich um einen Mittelweg zwischen einer reinen Listenwahl und einem Wahlverfahren, bei dem allein der Wähler über die Person des Mandatsträgers entscheiden kann. Er geht von der Überlegung aus, daß den wahlwerbenden Parteien Einfluß darauf einzuräumen ist, mit welchen Persönlichkeiten sie die politische Arbeit besorgen wollen.

Daneben soll aber der Wähler wirkungsvolle Möglichkeiten erhalten, die von der wahlwerbenden Partei vorgenommene Reihung durch Vergabe von Vorzugsstimmen zu verändern. Mit Hilfe der Vorzugsstimmen kann der Wähler

1. die Wahlpunktezahl, die der einzelne Wahlwerber auf Grund seiner Reihung in der Parteiliste erhält, erhöhen. Nach dem vorliegenden Entwurf kann eine Minderheit von 2,5 % der Wähler einer Liste den Listenplatz eines Wahlwerbers um eine Stelle verbessern, eine Minderheit von 5 % um zwei Stellen, eine solche von 7,5 % um drei Stellen, usw. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß derartige Verschiebungen durch Vorzugsstimmen, die andere Wahlwerber erhalten, abgeschwächt werden können. Das Gewicht der einzelnen Vorzugsstimme ist beim vorliegenden Entwurf mit 20 Vorzugspunkten bemessen;
2. durch die Vergabe von Vorzugsstimmen überdies bewirken, daß der Wahlwerber, der aufgrund der erreichten Wahlpunkte keinen Anspruch auf ein Mandat hätte, dennoch das letzte seiner Partei zufallende Mandat erhält, wenn er die meisten Vorzugsstimmen aller Bewerber seiner Partei, denen kein Mandat auf Grund der erreichten Wahlpunkte zugewiesen wurde, auf sich vereinen kann.

Um dem Wähler Gelegenheit zu geben, in Ruhe und ohne den subjektiv empfundenen Zeitdruck in der Wahlzelle die Vergabe der Vorzugsstimmen zu überlegen, ist im Entwurf vorgesehen, daß ein Musterstimmzettel bereits vor der Wahl dem Wähler zur Verfügung zu stellen ist.

III.

Wahlrecht, Wählbarkeit

Wie bereits in der Nationalrats-Wahlordnung 1992 und in der Gemeindewahlordnungsnovelle 1994 ist nunmehr vorgesehen, den Zeitpunkt der Erlangung des aktiven Wahlrechtes mit dem vollendeten 18. Lebensjahr und des passiven Wahlrechtes mit dem vollendeten 19. Lebensjahr festzusetzen, wobei jeweils der Stichtag maßgeblich sein soll.

IV.

Wohnsitz

Im Hauptwohnsitzgesetz, BGBl. Nr. 505/1994, werden sowohl der Wohnsitz als auch der Hauptwohnsitz definiert. Der vorliegende Entwurf sieht als primären Anknüpfungspunkt für die Eintragung in das Wählerverzeichnis den Hauptwohnsitz vor. Liegt kein Hauptwohnsitz vor, so ist eine Person dennoch in das Wählerverzeichnis einzutragen, wenn sie als Inhaber eines Wohnsitzes in der jeweiligen Gemeinde Anknüpfungspunkte zu wirtschaftlichen, beruflichen, familiären oder gesellschaftlichen Lebensverhältnissen hat, wobei mindestens zwei dieser Kriterien erfüllt sein müssen. Durch diese Regelung sollen Personen, die zwar überwiegend außerhalb des Burgenlandes wohnen, jedoch einen intensiven Nahebezug zu einer burgenländischen Gemeinde haben, vom Wahlrecht zum Landtag nicht ausgeschlossen werden (z.B. Pendler, Studenten).

V.

Ermittlungsverfahren

Das erste Ermittlungsverfahren ist nach dem Hare'schen System durchzuführen. Vorgesehen ist, daß eine einheitliche Landeswahlzahl durch die Landeswahlbehörde ermittelt wird, wobei nur die Parteisummen jener Parteien heranzuziehen sind, die im gesamten Landesgebiet mindestens 5 vH der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.

Für die Teilnahme am zweiten Ermittlungsverfahren soll die Einbringung eines Landeswahlvorschlages sowie die Erzielung eines Grundmandates in einem Wahlkreis oder von mindestens 5 vH der gültigen Stimmen im Landesgebiet Voraussetzung sein.

VI.

Sonstiges

In Entsprechung eines Wunsches der Parteien wird nunmehr das Landesgebiet in sieben (statt bisher vier) Wahlkreise eingeteilt.

Nunmehr erhalten Wahlwerber, die aus Anlaß ihrer Wahl in die Landesregierung auf ihr Mandat verzichtet haben, nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt das Mandat von der Wahlbehörde erneut zugewiesen, sofern sie nicht darauf verzichten. Der bisher das Mandat ausübende Wahlwerber wird wieder Ersatzmitglied, solange er nicht ausdrücklich die Streichung aus der Liste der Ersatzmänner verlangt. (§ 85 Abs. 2).

Die Berufung der Ersatzmitglieder auf frei gewordene Mandate erfolgt durch die Landeswahlbehörde, wobei sich die Reihenfolge grundsätzlich nach dem Kreiswahl- und dem Landeswahlvorschlag richtet. Um jedoch den Parteien einen gewissen Spielraum einzuräumen, kann der zustellungsbevollmächtigte Vertreter der Partei für ein frei gewordenes Mandat auf dem Landeswahlvorschlag ein anderes Ersatzmitglied zur Berufung bekanntgeben (§ 85 Abs. 3).

Einem auf einem Kreiswahlvorschlag zu berufenden Bewerber, der bereits ein Mandat auf dem Landeswahlvorschlag hat, ist das Mandat aus dem Kreiswahlvorschlag zuzuweisen.

Zur besseren Übersicht wurden nunmehr die Straftatbestände in einer Bestimmung zusammengefaßt (§ 94).

B. Besonderer Teil

Zu § 1:

Die Anzahl der Mitglieder des Landtages ist durch das L-VG bestimmt. Die Wahlausschreibung, die den ersten Akt des Wahlverfahrens bildet, hat durch Verordnung der Landesregierung zu erfolgen, die im Landesgesetzblatt kundzumachen ist. Diese hat den Wahltag, welcher ein Sonntag oder ein anderer öffentlicher Ruhetag zu sein hat, sowie den Stichtag festzusetzen. Dieser ist für die Voraussetzungen des Wahlrechtes (§ 20) sowie für den Lauf von Fristen (z. B. §§ 25 Abs. 1, 26 Abs. 2) maßgeblich. Der Stichtag darf nicht vor dem Tag der Wahlausschreibung liegen.

Die Verordnung über die Wahlausschreibung ist in den Gemeinden durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen. Neben der Kundmachung durch Anschlag an der Amtstafel soll die Verordnung dann ortsüblich bekanntgemacht werden, wenn dies notwendig oder zweckmäßig ist.

Zu § 2:

Der Entwurf einer Novelle zum L-VG sieht vor, daß das Burgenland für die Wahl in den Landtag in sieben Wahlkreise eingeteilt wird. Die Wahlkreise decken sich dabei mit den politischen Bezirken.

Zu § 3:

Die Zahl der Mandate in den einzelnen Wahlkreisen richtet sich nach der Bürgerzahl. Zuzufolge Abs. 2 ist die Zahl der Staatsbürger, die nach dem endgültigen Ergebnis der jeweils letzten Ordentlichen oder Außerordentlichen Volkszählung im Burgenland ihren Hauptwohnsitz hatten, durch die Zahl 36 zu teilen. Dieser Quotient ist auf drei Dezimalstellen zu berechnen und bildet die Verhältniszahl.

Die Absätze 2 und 3 enthalten als wesentliche Änderung den Begriff des "Hauptwohnsitzes", welcher der Definition des Hauptwohnsitzgesetzes, BGBl. Nr. 505/1994, entspricht. Diesen begründet zufolge dem zitierten Gesetz ein Mensch "an jener Unterkunft, an der er sich in der erweislichen oder aus den Umständen hervorgehenden Absicht niedergelassen hat, diese zum Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen zu machen; trifft diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen eines Menschen auf mehrere Wohnsitze zu, so hat er jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, zu dem er das überwiegende Naheverhältnis hat".

Zu § 4:

Dieser enthält eine der bisherigen Bestimmung gleichlautende Regelung und legt fest, daß die Zahl der auf jeden Wahlkreis gemäß § 3 entfallenden Mandate vom Landeshauptmann unmittelbar nach endgültiger Feststellung des Ergebnisses der jeweils letzten Ordentlichen oder Außerordentlichen Volkszählung zu ermitteln und im Landesgesetzblatt kundzumachen ist.

Zu § 5:

Die bisherige diesbezügliche Bestimmung über die Wahlsprengel (§ 41 Landtagswahlordnung 1978) sah vor, daß "größere" Gemeinden in Wahlsprengel einzuteilen sind.

Nunmehr können gemäß Abs. 1 Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern und Gemeinden mit großer räumlicher Ausdehnung nach Bedarf in zwei oder mehrere Wahlsprengel eingeteilt werden, wobei die Festsetzung und Abgrenzung der Wahlsprengel vom Bürgermeister vorzunehmen ist.

Zu § 15:

Zufolge Abs. 2 werden die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Landeswahlbehörde von der Landesregierung berufen. Aus Gründen der Verfahrensökonomie beruft nunmehr der Landeswahlleiter die Beisitzer und Ersatzmitglieder der Bezirkswahlbehörden, jene der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden werden vom Bezirkswahlleiter berufen.

Gemäß Abs. 3 erster Satz wird klargestellt, daß nunmehr die Vertrauensleute der Parteien (bisher die "Parteien") spätestens am zehnten Tag nach dem Stichtag Anträge auf Berufung der Beisitzer und Ersatzmitglieder einzubringen haben.

Abs. 8 regelt die weitere Vorgangsweise im Falle des Ausscheidens oder der Nichtausübung des Amtes eines Mitgliedes der kollegial zusammengesetzten Wahlbehörden.

Zu § 16:

Abs. 2 sieht nunmehr vor, daß die Beisitzer und Ersatzmitglieder vor Antritt ihres Amtes über Aufforderung des Vorsitzenden der Wahlbehörde ein Gelöbnis abzulegen haben, wobei es, wie zu § 14 ausgeführt wurde, nicht verpflichtend ist, das Gelöbnis unter Leistung eines Handschlages abzulegen.

Zu § 17:

Zufolge der Regelung im letzten Satz des § 17 werden -analog zur diesbezüglichen Bestimmung des § 15- die in die Landeswahlbehörde entsendeten Vertrauenspersonen von der Landesregierung berufen. Aus Gründen der Verfahrensökonomie beruft der Landeswahlleiter die Vertrauenspersonen in die Bezirkswahlbehörden, jene der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden werden vom Bezirkswahlleiter berufen. Den Vertrauenspersonen kommt in den Verhandlungen kein Stimmrecht zu.

Zu § 18:

Im Gegensatz zu den ansonsten gleichlautenden Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit in § 17 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 (Beschlußfähigkeit bei Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Beisitzer), sind die Wahlbehörden beschlußfähig, wenn der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und wenigstens zwei Drittel der Beisitzer oder Ersatzmitglieder anwesend sind.

Ein von einer personell nicht richtig zusammengesetzten Kollegialbehörde beschlossener Bescheid verletzt den Betroffenen in seinem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf das Verfahren vor dem gesetzlichen Richter (VfSlg. 8845/1980 u.a.)

Sofern die Wahlbehörde beschlußunfähig wird, jedoch die Dringlichkeit der Amtshandlung einen Aufschub bis zur nächsten ordnungsgemäß einzuberufenden Sitzung nicht zuläßt, fällt die Entscheidungskompetenz in dieser Angelegenheit gemäß § 19 dem Wahlleiter zu.

Aus Abs. 3 geht hervor, daß die Ersatzmitglieder an Sitzungen der Wahlbehörden auch dann teilnehmen können, wenn sie nicht in Vertretung eines Beisitzers fungieren.

Die Bestellung zum Mitglied einer Kollegialbehörde bringt nach der Judikatur des VfGH die Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Willensbildung dieser Behörde nach sich. Eine Stimmenthaltung würde demnach nur dann für zulässig angesehen, wenn sie vom Gesetz vorgesehen ist (VfSlg. 3086). Der vorliegende Entwurf enthält keine derartige Bestimmung, weshalb eine Stimmenthaltung im Rahmen der Beschlußfassung einer Wahlbehörde nicht möglich ist. Eine Willensäußerung, die sich nicht für einen vorliegenden Beschlußantrag ausspricht, ist zwangsläufig als Gegenstimme zu werten.

Zu § 19:

Durch diese Bestimmung soll bewirkt werden, daß eine Wahl auch dann durchgeführt werden kann, wenn eine Wahlbehörde ausnahmsweise nicht zusammentreten kann. Die volle Verantwortung für die Durchführung der Amtshandlungen trifft in diesem Fall den Wahlleiter. Vertrauensleute von Parteien werden lediglich herangezogen, um die Amtshandlungen des Wahlleiters beobachten zu können. Mit der Wortfolge "nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse der Parteien" soll zum Ausdruck gebracht werden, daß der Wahlleiter sich um die Mitwirkung proporzmäßig beigezogener Vertrauensleute zu bemühen hat.

Zu § 20:

Die bestehenden sozialen Rahmenbedingungen, die eine verstärkte politische Mitverantwortung der mündigen Minderjährigen angezeigt erscheinen ließen, führten zur Herabsetzung des Zeitpunktes der Erlangung des aktiven Wahlrechts auf das vollendete 18. Lebensjahr, wobei die Nationalrats-Wahlordnung 1992 auf die Vollendung vor dem 1. Jänner des Wahljahres abstellt. Nach der Gemeindewahlordnungsnovelle 1994, LGBl. Nr. 10, sind derzeit u.a. alle österreichischen Staatsbürger aktiv wahlberechtigt, die am Stichtag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Landtagswahlordnung 1995 sieht nunmehr eine gleichlautende Regelung vor.

Zu § 21:

Im Gegensatz zur bisherigen Regelung (§ 7 Landtagswahlordnung 1978) ist nunmehr eine Person passiv wahlberechtigt, wenn sie am Stichtag das 19. Lebensjahr vollendet hat. Eine analoge Bestimmung enthält die Gemeindewahlordnung 1992 in § 19, während nach der Nationalrats-Wahlordnung 1992 die Vollendung des 19. Lebensjahres vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl maßgebend ist (§ 41).

Zu § 22:

Der Grundsatz, daß die Ausschließung vom (aktiven und passiven) Wahlrecht nur Folge einer gerichtlichen Verurteilung sein kann, ist nunmehr in Art. 26 Abs. 5 B-VG (eingeführt durch die Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz BGBl. Nr. 470/1992, festgeschrieben.

§ 22 Landtagswahlordnung 1995 ist § 22 Nationalrats-Wahlordnung 1992 nachgebildet und sieht einen Ausschluß vom Wahlrecht nur bei einer rechtskräftigen gerichtlichen Verurteilung zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe vor. Zum Zwecke der Förderung einer möglichst baldigen Wiedereingliederung der Straftäter in die soziale Gemeinschaft, ist die Ausschlußfrist mit sechs Monaten bestimmt.

Der Ausschluß eines anderen Personenkreises vom Wahlrecht (zB von Personen, denen gemäß § 273 ABGB ein Sachwalter beige stellt wurde) ist nicht vorgesehen.

Zu § 23:

Mit der Landtagswahlordnung 1995 soll gleichzeitig ein eigenes Burgenländisches Wählerevidenz-Gesetz erlassen werden.

Zu § 24:

1. Sowohl die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes als auch die Lehre vertreten die Auffassung, daß - wenn auch nur in Ausnahmefällen - ein "ordentlicher Wohnsitz", wie er in verschiedenen Rechtsvorschriften als Anknüpfungspunkt gewählt wurde, hinsichtlich einer Person auch für mehrere Orte gegeben sein kann.

Der Verfassungsgesetzgeber hat sich mit der B-VG-Novelle BGBl.Nr. 504/1994 dazu entschlossen, (grundsätzlich) einen "einheitlichen" Wohnsitzbegriff einzuführen. Dementsprechend wurde in Art. 6 Abs. 2 B-VG der Begriff "ordentlicher Wohnsitz" durch "Hauptwohnsitz" ersetzt. Diese Bestimmung und der ihr folgende Abs. 3 haben folgenden Wortlaut:

"(2) Jene Staatsbürger, die in einem Land den Hauptwohnsitz haben, sind dessen Landesbürger; die Landesgesetze können jedoch vorsehen, daß auch Staatsbürger, die in einem Land einen Wohnsitz, nicht aber den Hauptwohnsitz haben, dessen Landesbürger sind.

(3) Der Hauptwohnsitz einer Person ist dort begründet, wo sie sich in der erweislichen oder aus den Umständen hervorgehenden Absicht niedergelassen hat, hier den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen zu schaffen; trifft diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen einer Person auf mehrere Wohnsitze zu, so hat sie jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, zu dem sie das überwiegende Naheverhältnis hat."

Art. 6 Abs. 3 B-VG in der eben zitierten Fassung stellt mithin zwar in erster Linie auf den Hauptwohnsitz ab, ermöglicht es aber den Ländern insbesondere, in landesgesetzlichen Regelungen vorzusehen, daß auch Staatsbürger, die in einem Land einen (sonstigen) "Wohnsitz" haben, dessen Landesbürger sind und mithin (im Sinne des Art. 95 Abs. 1 B-VG) nach Maßgabe der näheren gesetzlichen Vorschriften auch zum Landtag wahlberechtigt sein können. Nach dem klaren Wortlaut des Art. 6 Abs. 2 B-VG obliegt es mithin dem einfachen Landesgesetzgeber, in einzelnen Gesetzen - freilich im Rahmen dieser Verfassungsnormen - die ihm jeweils am zweckmäßigsten erscheinenden Definitionen des Begriffs "Landesbürger" festzulegen.

2. § 23 Abs. 1 der Landtagswahlordnung 1978 - LTWO, LGBl.Nr. 8/1979 i.d.g.F., normiert, daß jeder Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis der Gemeinde einzutragen ist, in der er am Stichtag seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

Der vorliegende Entwurf schöpft nun die mit der oben zitierten B-VG-Novelle BGBl.Nr. 504/1994 für den Landesgesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten aus:

Aus § 24 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Landtagswahlordnung 1995 in der Fassung des vorliegenden Entwurfes geht hervor, daß primär Anknüpfungspunkt für die Eintragung in das Wählerverzeichnis der Hauptwohnsitz (im Sinne des Art. 6 Abs. 3 B-VG) ist.

Liegt kein Hauptwohnsitz vor, so ist eine Person gemäß Abs. 3 dennoch in das Wählerverzeichnis einzutragen, wenn sie (als Inhaber eines "Wohnsitzes" im Sinne des Art. 6 Abs. 2 B-VG) in der jeweiligen Gemeinde Anknüpfungspunkte zu wirtschaftlichen, beruflichen, familiären oder gesellschaftlichen Lebensverhältnissen hat. Um einen möglichst intensiven Nahebezug zu dieser Gemeinde zu gewährleisten, wird verlangt, daß von den im Entwurf genannten Anknüpfungspunkten mindestens zwei erfüllt sein müssen.

Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, daß Personen, die zwar überwiegend außerhalb des Burgenlandes wohnhaft sind, jedoch tiefgehende Anknüpfungspunkte zu wirtschaftlichen, beruflichen, familiären oder gesellschaftlichen Lebensverhältnissen in einer burgenländischen

Gemeinde haben, nicht vom Wahlrecht zum Landtag ausgeschlossen sind. Zu denken ist dabei etwa an Pendler oder Studenten, die ihre Arbeits- bzw. Studienzeit (unter der Woche) außerhalb des Burgenlandes verbringen, am Wochenende jedoch in ihrer burgenländischen Heimatgemeinde intensive Kontakte, insbesondere familiärer und gesellschaftlicher, aber etwa auch wirtschaftlicher Art pflegen.

Nicht wünschenswert ist es jedoch, Personen das Wahlrecht zum Burgenländischen Landtag einzuräumen, deren mangelnder Nahebezug zum Burgenland dies aus offenkundigen Gründen nicht rechtfertigt. § 24 Abs. 4 Landtagswahlordnung 1995 in der Fassung des vorliegenden Entwurfes schließt mithin insbesondere die sogenannten "Zweitwohnsitzinhaber", und zwar im Ergebnis diejenigen, die keinen ausreichenden Nahebezug zu einer Gemeinde im Burgenland im Sinne der in Abs. 3 genannten Kriterien vorweisen können, von der Eintragung in das Wählerverzeichnis aus.

Zu den §§ 25 und 26:

Mit der Auflage des Wählerverzeichnisses beginnt die Einsichts- und Einspruchsfrist zu laufen. § 25, der auch Berufstätigen die Einsichtnahme ermöglichen soll, sieht nunmehr vor, daß die Möglichkeit zur Einsichtnahme an Samstagen, Sonn- und Feiertagen mindestens zwei Stunden betragen muß.

§ 26 entspricht den Bestimmungen des § 24, Abs. 4 bis 6 Landtagswahlordnung 1978.

Zu § 27:

Nunmehr sind Einwendungen des Betroffenen zu berücksichtigen, wenn sie binnen vier Tagen nach Zustellung der Verständigung beim Gemeindeamt (Magistrat) einlangen oder vorgebracht werden. Bisher waren diese zu berücksichtigen, wenn sie spätestens am dritten Tag nach Zustellung der Verständigung bei der Gemeindewahlbehörde einlangten oder vorgebracht wurden.

Schriftliche Anbringen können nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützeter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise, beispielsweise mittels Telefax, eingebracht werden, wenn die Behörde aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden technischen Mittel in der Lage ist, die Anbringen in der gewählten Übermittlungsart zu empfangen. § 13 AVG dient diesbezüglich als Vorbild.

Abs. 5 bedeutet, daß die Verständigung der Personen, gegen deren Aufnahme Einspruch erhoben wurde, nicht den Namen jener Person enthalten darf, die den Einspruch eingebracht hat.

Zu § 28:

Im Gegensatz zur bisherigen Bestimmung des § 26 Landtagswahlordnung 1978 (Entscheidung über Einsprüche binnen sechs Tagen nach Einlangen bei der Gemeindewahlbehörde), wird nunmehr bestimmt, daß über Einsprüche binnen sechs Tagen nach Ende der Einsichtsfrist (§ 25 Abs. 1) mit Bescheid zu entscheiden ist. Dadurch wird die verwaltungsökonomische Zusammenlegung von Entscheidungen über mehrere vorliegende Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis in einer Sitzung der jeweiligen Wahlbehörde ermöglicht. Zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit betreffend die Person des Einspruchswerbers ist es geboten, daß der Name des Einspruchswerbers im Bescheid der Gemeindewahlbehörde nicht genannt wird.

Abs. 1 zweiter Satz bestimmt, daß die Befangenheitsbestimmungen des § 7 AVG anzuwenden sind.

Zu § 29:

Abs. 3 bestimmt nunmehr abweichend von der bisherigen Bestimmung des § 27 Landtagswahlordnung 1978 (Entscheidung binnen fünf Tagen), daß die Bezirkswahlbehörde binnen vier Tagen nach Einlangen der Berufung zu entscheiden hat (siehe § 32 Nationalrats-Wahlordnung 1992). Der Bescheid der Bezirkswahlbehörde darf ebenfalls den Namen des Einspruchswerbers nicht enthalten, um die im § 27 Abs. 5 verankerte Amtsverschwiegenheitspflicht nicht zu verletzen.

Zu den §§ 30 und 31:

Hier werden die bisherigen Bestimmungen der §§ 28 und 29 Landtagswahlordnung 1978 sinngemäß bzw. wortgleich übernommen.

Zu § 32:

Nunmehr soll auch für die Wahl des Landtages das System der Vorzugsstimmen eingeführt werden. Der Wähler hat zwei Möglichkeiten: Er kann weiterhin nur die wahlwerbende Partei bezeichnen; in diesem Fall erklärt er sich mit der Reihung der Wahlwerber dieser Partei einverstanden. Er kann aber auch einem Wahlwerber durch eine Vorzugsstimme zusätzliche Wahlpunkte geben, die unter Umständen seinen Listenplatz verbessern können. Insgesamt hat der Wähler drei Vorzugsstimmen, von welchen er zufolge § 60 Abs. 2 letzter Satz zwei auf einen Wahlwerber vereinen kann.

Die Erteilung einer Bewilligung zur Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde ist nunmehr spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag zu beantragen. Die Bestimmungen des Abs. 5 entsprechen jenen des § 30 Abs. 3 Gemeindevahlordnung 1992 und begründen den Anspruch auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde für jene Personen, denen es infolge Bettlägerigkeit bzw. einer der Bettlägerigkeit gleichzuhaltenden körperlichen Behinderung, sei es aus Krankheits-, Alters- oder sonstigen Gründen unmöglich ist, ihr Wahlrecht in einem Wahllokal auszuüben. Da eine Antragstellung durch bevollmächtigte Vertreter nicht vorgesehen ist, können andere Personen nur als Boten fungieren, indem sie den schriftlichen Antrag des Antragstellers bei der Gemeinde einbringen. Die bisher in § 30 Abs. 5 lit. b Landtagswahlordnung 1978 vorgesehene Vorlage einer ärztlichen Bestätigung ist nicht mehr vorgesehen. Der Antragsteller hat die Gründe, aus denen er das Wahlrecht nicht im Wahllokal ausüben kann, glaubhaft zu machen, d.h. die Richtigkeit der Tatsache bloß wahrscheinlich zu machen.

Zu den §§ 33 und 34:

Hier werden die Bestimmungen der bisherigen §§ 31 und 32 Landtagswahlordnung 1978 übernommen, wobei § 34 Abs. 6 vorsieht, daß die Kreiswahlbehörde die Zahl der in ihrem Bereich ausgestellten Wahlkarten spätestens zwei Tage vor dem Wahltag (bisher am Tag vor dem Wahltag) der Landeswahlbehörde bekanntzugeben hat.

Zu § 35:

Gemäß Abs. 1 sind Wahlvorschläge spätestens am 30. Tag vor dem Wahltag bis 13 Uhr der Kreiswahlbehörde vorzulegen. Ist der Wahltag - wie in der Praxis üblich - ein Sonntag, so fällt der 30. Tag vor dem Wahltag auf einen Freitag. Da der Sitz der Kreiswahlbehörde bei der Bezirkshauptmannschaft ist und am Freitag um 13 Uhr Dienstschluß ist, wird im Hinblick auf Kostenersparnis das Ende der Einbringungsfrist mit 13 Uhr festgesetzt.

Abs. 6 bestimmt nunmehr u.a., daß die im Kreiswahlvorschlag allfällig enthaltene Kurzbezeichnung der Partei aus nicht mehr als fünf Buchstaben, die ein Wort ergeben können, zu bestehen hat.

Abs. 7 stellt klar, daß ein Bewerber nur auf einem Kreiswahlvorschlag aufscheinen darf.

Zu den §§ 36 und 37:

Hier werden im wesentlichen die Bestimmungen der bisherigen §§ 34 und 35 Landtagswahlordnung 1978 übernommen.

Zu § 38:

Hier werden die Bestimmungen des bisherigen § 36 Landtagswahlordnung 1978 übernommen, wobei Abs. 2 nunmehr die Zurückziehung spätestens am 27. Tag vor dem Wahltag bis 16 Uhr vorsieht. Diese Einbringungszeit berücksichtigt den Dienstschluß bei den Bezirkshauptmannschaften.

Zu § 39:

Die Bestimmungen des bisherigen § 37 Landtagswahlordnung 1978 werden übernommen, lediglich die spätestmögliche Einbringungszeit wird mit 13 Uhr am 23. Tag vor dem Wahltag neu bestimmt. Dies ist in der Praxis ein Freitag (siehe hierzu die Erläuterungen zu § 35).

Zu § 40:

Nunmehr hat die Kreiswahlbehörde spätestens am 20. Tag vor dem Wahltag die Wahlvorschläge abzuschließen (bisher am 21. Tag).

Abs. 2 bestimmt, wie die Gemeindewahlordnung 1992, daß in der Veröffentlichung der Wahlvorschläge im zuletzt gewählten Landtag vertretene Parteien, die sich nicht an der Wahl beteiligen, in der Reihenfolge nicht zu berücksichtigen sind. Ausschlaggebend für die Reihung der wahlwerbenden Parteien ist zunächst die Zahl der Mandate und eventuell der Stimmen, die die wahlwerbenden Parteien bei der letzten Landtagswahl erreicht haben. Erst nach Reihung der im Landtag vertretenen Parteien erfolgt die Reihung der übrigen wahlwerbenden Parteien nach dem Zeitpunkt des Einlangens ihrer Wahlvorschläge. Wesentlich für die Feststellung des Zeitpunktes des Einlangens ist der Vermerk über den Tag und die Uhrzeit, der gemäß § 35 Abs. 1 auf dem Wahlvorschlag zu erfolgen hat.

Bei Einlangens von Wahlvorschlägen am gleichen Tag sieht nunmehr Abs. 3 zur Bestimmung der Reihenfolge eine Losentscheidung vor.

Zu § 41:

Eine Zurückziehung der Kreiswahlvorschläge soll bis spätestens am 20. Tag vor dem Wahltag bis 16 Uhr möglich sein. Abs. 1 sieht nunmehr ausdrücklich auch die Fertigung durch das betreffende Landtagsmitglied vor.

Zu den §§ 42 und 43:

Hier werden im wesentlichen bisherige Bestimmungen übernommen. § 42 Abs. 3 dient der Wahrung des Wahlheimnisses. Daher sollen die bei einer Sonderwahlbehörde abgegebenen Stimmzettel ununterscheidbar in die Feststellungen der bestimmten Wahlbehörde einbezogen werden.

Zu § 44:

Hier werden nähere Bestimmungen über die Wahlzelle getroffen. Gemäß dem Erkenntnis des VfGH (VfSlg. 3843) ist die Wahlzelle ein wesentliches und unentbehrliches Erfordernis der

geheimen Wahl. Sie garantiert, daß der Wähler beim Ausfüllen des Stimmzettels nicht beobachtet werden kann. Eine Wahl ist nur dann frei und geheim, wenn der Wähler die unbedingte Sicherheit empfindet, daß eine Feststellung (Beobachtung), welche Partei er wählt oder ob er einen leeren Stimmzettel abgibt, unmöglich ist.

Zu § 45:

Abs. 2 stellt klar, daß die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes nicht nur in den Verbotszonen, sondern auch im Gebäude des Wahllokals bewaffnet eingesetzt werden können bzw. Dienst versehen dürfen.

Zu § 46:

Die Wahlzeit darf nicht später als um 17 Uhr enden. Abs. 2 bestimmt, daß - mit Ausnahme für die Sonderwahlbehörden - die Dauer der Stimmabgabe (Wahlzeit) für keine Wahlbehörde weniger als zwei Stunden betragen darf. Die Wahlzeit der Sonderwahlbehörden soll nach Abs. 3 jeweils eine Stunde vor Ablauf der Wahlzeit jener Wahlbehörde enden, in deren Feststellungen die Stimmzettel einzubeziehen sind.

Zu § 47:

Abs. 2 stellt klar, daß den Wahlzeugen keine Verpflichtung zur Verschwiegenheit über Tatsachen auferlegt ist, die sie während ihrer Tätigkeit wahrnehmen, da sie nicht Mitglieder der Wahlbehörden sind.

Zu den §§ 48 bis 55:

Aus § 48 Abs. 2 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 ergibt sich, daß die nicht den Vorsitz führenden Stellvertreter und die Ersatzmitglieder der Wahlbehörden auch dann im Wahllokal anwesend sein können, wenn sie nicht in Vertretung eines Beisitzers fungieren. Damit ist für den Vertretungsfall ein sofortiger, fließender Wechsel sichergestellt.

§ 51 entspricht § 54 der Gemeindevahlordnung 1992 und schränkt den Umfang der Urkunden, mit denen der Wähler seine Identität glaubhaft machen kann, auf solche ein, die mit einem Lichtbild ausgestattet sind.

Die Entscheidung gemäß § 51 Abs. 3 über die Zulassung bzw. Nichtzulassung von Wählern zur Stimmabgabe ist nach § 66 Abs. 2 Z 7 in der Niederschrift zu vermerken.

Ein Wähler, der seinen Personenstand nicht durch Vorlage einer entsprechenden Urkunde nachweisen kann, ist zur Abstimmung zuzulassen, wenn er der Mehrheit der Mitglieder der Wahlbehörde persönlich bekannt ist. Ein formeller Beschluß der Wahlbehörde über die Zulassung ist nicht erforderlich. Die widerspruchslose Zulassung eines solchen, der Mehrheit der Mitglieder der Wahlbehörde persönlich bekannten Wählers zur Abstimmung ist als ein einstimmiger, stillschweigender Beschluß anzusehen, der in der Niederschrift über den Wahlvorgang nicht zu vermerken ist (VfSlg. 1497/1932).

§ 52 Abs. 1 letzter Satz (§ 53 Abs. 2 letzter Satz) gibt dem Wähler die Möglichkeit, das Wahlkuvert eigenhändig in die Wahlurne (in das besondere Behältnis) zu legen. Dies ist jedoch nur mit Zustimmung und unter Aufsicht des Wahlleiters gestattet. Seiner Aufsichtspflicht kommt der Wahlleiter auch nach, wenn er ein Mitglied der Wahlbehörde mit der Aufsicht beauftragt.

Zu den §§ 56 bis 58:

Das Wesen des geheimen Wahlrechts zwingt nicht zur Einführung des amtlichen Stimmzettels (VfSlg. 6864). Der amtliche Stimmzettel hat sich jedoch in der Praxis bestens bewährt. Ein Vorzugsstimmen-Wahlrecht, wie es in der Landtagswahlordnung 1995 vorgesehen ist, wäre

ohne den Einsatz eines gesetzlich genau definierten amtlichen Stimmzettels wohl kaum denkbar.

Für die Wahl des Landtages sind amtliche Stimmzettel zu verwenden. Die amtlichen Stimmzettel des Wahlkreises haben die Angaben nach § 56 Abs. 2 und dem Muster Anlage 6 zu enthalten. Eine Listenbezeichnung ist nicht mehr vorgesehen. Sie müssen mindestens dem Ausmaß des Formates DIN A 4 entsprechen und sind von der Kreiswahlbehörde anfertigen zu lassen. Die Parteien und die Wahlwerber sind auf dem Stimmzettel zuerst in der oberen Hälfte von links nach rechts und dann in der unteren Hälfte von links nach rechts in der im § 40 Abs. 2 und 3 für die Kreiswahlvorschläge vorgeschriebenen Reihenfolge anzuführen.

Die Wahlbehörden sind durch die Formalvorschriften der Wahlordnungen streng gebunden; die Bestimmungen der Wahlordnung müssen strikte nach ihrem Wortlaut ausgelegt werden. Es ist ein Raum für Ermessensentscheidungen der Wahlbehörden nicht gegeben. Auch die Formvorschriften für die Stimmzettel müssen streng ausgelegt werden (VfSlg. 3796/1960).

Beim leeren amtlichen Stimmzettel (§ 57) wurde die Größenangabe in Zentimeter durch die Formatbezeichnung DIN A 5 ersetzt.

Wer unbefugt amtliche Stimmzettel oder dem amtlichen Stimmzettel gleiche oder ähnliche Stimmzettel in Auftrag gibt, herstellt, vertreibt oder verteilt, begeht, sofern dies nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, nach § 94 Abs. 1 Z 5 eine Verwaltungsübertretung.

Zu § 59:

Nach dieser Bestimmung ist nunmehr allen Wahlberechtigten durch die Gemeinde spätestens am 4. Tag vor dem Wahltag ein Musterstimmzettel zur Verfügung zu stellen. Der Wähler soll damit vor allem die Möglichkeit erhalten, in Ruhe und ohne den subjektiv empfundenen Zeitdruck in der Wahlzelle die Vergabe der Vorzugsstimmen zu überlegen.

Zur Stimmabgabe dürfen jedenfalls nur die amtlichen Stimmzettel, die der Wähler im Wahllokal unmittelbar vor seiner Stimmabgabe von der Wahlbehörde bekommt, verwendet werden. Bei Verwendung eines Musterstimmzettels zur Stimmabgabe zählt dieser als ungültiger Stimmzettel (§ 62 Abs. 1 Z 1).

Zu § 60:

Nunmehr soll auch für die Wahl des Landtages im 1. Ermittlungsverfahren das System der Vorzugsstimmen eingeführt werden. Abs. 2 bestimmt, daß jeder Wähler berechtigt ist, bis zu drei Vorzugsstimmen zu vergeben, wovon er jedoch nur zwei auf denselben Wahlwerber vereinen kann (siehe hierzu § 65 Abs. 7 letzter Satz, der bestimmt, daß die Vergabe jener Vorzugsstimmen für denselben Wahlwerber, die über die Anzahl von zwei hinausgeht, als nicht erfolgt gilt).

Zu den §§ 61 bis 64:

Die Änderungen im Vergleich zu den bisherigen Bestimmungen (§§ 58 bis 61 Landtagswahlordnung 1978) stehen im Zusammenhang mit der Regelung, wonach der Wähler u.a. berechtigt wird, Vorzugsstimmen an Wahlwerber der von ihm gewählten Partei zu vergeben. Die Stimme ist auch gültig, wenn der Wähler nicht in der Parteirubrik eine Bezeichnung anbringt, sondern nur Wahlwerbern einer Partei Vorzugsstimmen gibt. Wenn der Wähler dabei mehr als drei Vorzugsstimmen vergibt, bleibt der Stimmzettel solange gültig, als die Vorzugsstimmen nur Wahlwerbern einer Partei vergeben wurden. In diesem Fall geht nämlich klar hervor, daß der Wähler diese Partei wählen wollte. Die Vergabe der Vorzugsstimmen ist in diesem Fall aber ungültig (siehe hierzu § 65 Abs. 7 Z 1.).

Zu § 65:

Abs. 1 stellt nunmehr klar, daß sich Ersatzmitglieder bei der Stimmzettelprüfung und Stimmenzählung auch dann im Wahllokal aufhalten dürfen, wenn sie nicht in Vertretung eines Beisitzers fungieren. Um Manipulationen auszuschließen, soll die Wahlbehörde verpflichtet sein, nach Abschluß der Stimmabgabe zunächst die nicht zur Ausgabe gelangten Stimmzettel zu verpacken und zu beschriften.

Zunächst sind die auf die einzelnen Parteien entfallenden gültigen Stimmen festzustellen. Anschließend werden die Wahlpunkte durch die Sprengelwahlbehörde und Gemeindewahlbehörde ermittelt, um festzustellen, welche Bewerber die auf ihre Partei entfallenden Mandate erhalten.

Die Wahlpunktezahlen setzen sich aus den Listenpunkten und den Vorzugspunkten zusammen. Das Gewicht der einzelnen Vorzugsstimme ist mit 20 Vorzugspunkten bemessen. Die Zahl der für eine Platzverbesserung eines Wahlwerbers erforderlichen Vorzugsstimmen beträgt 5 vH der auf die Partei entfallenden gültigen Stimmen. Wenn die Wähler von der Möglichkeit Gebrauch machen, zwei Vorzugsstimmen auf einen Kandidaten zu vereinen, können bereits 2,5 vH der Wähler einer Partei die Vorreihung eines Wahlwerbers bewirken. Saldoeffekte infolge der Vergabe von Vorzugsstimmen an verschiedene Wahlwerber sind dabei nicht berücksichtigt. Nach dem vorliegenden Entwurf sind alle Vorzugsstimmen ungültig, wenn der Wähler insgesamt mehr als die zulässige Anzahl von drei Vorzugsstimmen vergeben hat. Dabei zählen aber Vorzugsstimmen an Wahlwerber einer anderen als der vom Wähler gewählten Partei nicht. Hat der Wähler demselben Wahlwerber der von ihm gewählten Partei mehr als zwei Vorzugsstimmen gegeben, gelten nur zwei Vorzugsstimmen als gegeben und sind nur diese zwei Vorzugsstimmen maßgebend bei der Beurteilung der Gültigkeit der Vorzugsstimmenvergabe.

Zu den §§ 66 bis 71:

Hier werden im wesentlichen die Bestimmungen der bisherigen §§ 63 bis 68 Landtagswahlordnung 1978 übernommen.

Zu § 72:

Die Kreiswahlbehörde sondert die Wahlkartenkuverts von Wahlkartenwählern des eigenen Wahlkreises aus und übermittelt die Wahlkuverts anderer Wahlkreise an die zuständige Kreiswahlbehörde, ohne sie jedoch vorläufig für die zuständige Wahlbehörde auszuwerten.

Zu den §§ 73 und 74:

Die Landeswahlbehörde hat auf Grund der bei ihr von den Kreiswahlbehörden einlangenden Berichte das vorläufige Wahlergebnis für die sieben Wahlkreise und das Landesgebiet, sowie die auf die Parteien vorläufig entfallenden Mandate, festzustellen (§ 73).

Die Kreiswahlbehörde hat die vorläufig getroffenen Feststellungen der Landeswahlbehörde endgültig zu ermitteln und unverzüglich der Landeswahlbehörde bekanntzugeben (§ 74).

Zu den §§ 75 und 76:

Im ersten Ermittlungsverfahren wird die einheitliche Landeswahlzahl durch die Landeswahlbehörde ermittelt. Dafür sind nur die Parteisummen jener Parteien heranzuziehen, die im gesamten Landesgebiet mindestens 5 vH der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Die Zuteilung der Mandate an die Parteien erfolgt unter Heranziehung der ermittelten Wahlzahl. Jede Partei erhält so viele Mandate, wie die Wahlzahl in ihrer Parteisumme im Wahlkreis enthalten ist (Hare'sches Verfahren).

Zu den §§ 77 bis 79:

In erster Linie hat sich die Zuweisung der Mandate auf die Wahlwerber einer Partei nach der Größe der Wahlpunktezahlen zu richten. Das letzte der Partei zukommende Mandat, das sogenannte Vorzugsstimmenmandat, soll jener Wahlwerber erhalten, der von den Wahlwerbern, die kein Mandat aufgrund der Wahlpunktezahl erreicht haben, die meisten Vorzugsstimmen auf sich vereinen konnte. Die Zahl seiner Vorzugsstimmen muß jedoch mindestens so groß sein, wie 15 vH der für seine Partei abgegebenen gültigen Stimmen.

Wer gemäß Abs. 5 das Los zu ziehen hat, wird durch Beschluß der Kreiswahlbehörde zu entscheiden sein.

Dem Wahlpunktesystem folgend, sollen die Ersatzmitglieder nach der Reihenfolge der Größe ihrer Wahlpunkte als Ersatzmitglieder für eine frei gewordene Stelle in Betracht kommen.

Das Wahlergebnis hat die Kreiswahlbehörde in einer Niederschrift zu verzeichnen (§ 78). Die gewählten Abgeordneten, die Ersatzmitglieder, die Zahl der Restmandate und die auf die einzelnen Parteien entfallenden Reststimmen sind von der Kreiswahlbehörde an der Amtstafel kundzumachen.

Zu den §§ 80 und 81:

Voraussetzung für die Teilnahme am 2. Ermittlungsverfahren ist die Einbringung eines den Bestimmungen des § 81 entsprechenden Landeswahlvorschlages sowie die Erzielung eines Grundmandates in einem Wahlkreis oder von mindestens 5 vH der gültigen Stimmen im Landesgebiet.

Eine Prozentklausel stellt wie die "Grundmandatsregelung" eine zulässige Maßnahme gegen eine mögliche "Parteienzersplitterung" in der Zusammensetzung des Landtages dar (vgl. hierzu VfSlg. 8852. Hier äußerte der VfGH keine Bedenken gegen eine 5 vH -Klausel in § 65 Tiroler Landtagswahlordnung 1975).

Zu § 82:

Die Ermittlung und Zuteilung der Restmandate erfolgt wie bisher nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren.

Zu § 83:

Hier wird klargestellt, daß einem Wahlwerber, der sowohl in einem Wahlkreis, als auch im 2. Ermittlungsverfahren gewählt worden ist, kein Landeswahlvorschlagsmandat zuzuweisen ist. Abs. 1 letzter Satz bestimmt, daß für die Berufung von Wahlwerbern für die nach dieser Regelung nicht vergebenen Mandate nach § 85 Abs. 3 erster bis vierter Satz vorzugehen ist.

Zu § 84:

Hier werden die Bestimmungen des bisherigen § 76 Landtagswahlordnung 1978 übernommen.

Zu § 85:

Hier wird klargestellt, daß Wahlwerber, die kein Mandat erhalten haben, die ein Mandat nicht angenommen bzw. die auf ein angenommenes Mandat verzichtet haben, so lange Ersatzmitglieder bleiben, bis sie ausdrücklich die Streichung aus der Liste der Ersatzmänner verlangen.

Nummehr erhalten - wie dies der Entwurf einer Novelle zum L-VG vorsieht - Wahlwerber, die aus Anlaß ihrer Wahl in die Landesregierung auf ihr Mandat verzichtet haben, nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt das Mandat von der Wahlbehörde erneut zugewiesen, sofern sie nicht darauf verzichten. Der bisher das Mandat ausübende Wahlwerber wird wieder

Ersatzmitglied, solange er nicht ausdrücklich die Streichung aus der Liste der Ersatzmitglieder verlangt.

Die Berufung der Ersatzmitglieder auf frei gewordene Mandate erfolgt durch die Landeswahlbehörde, wobei sich die Reihenfolge grundsätzlich nach dem Kreiswahl- und dem Landeswahlvorschlag richtet. Der zustellungsbevollmächtigte Vertreter der Partei kann jedoch für ein frei gewordenes Mandat auf den Landeswahlvorschlag ein anderes Ersatzmitglied zur Berufung bekanntgeben.

Einem auf einem Kreiswahlvorschlag zu berufenden Bewerber, der bereits ein Mandat auf dem Landeswahlvorschlag hat, ist das Mandat auf dem Kreiswahlvorschlag zuzuweisen.

Zu den §§ 86 bis 89:

Hier werden die bisherigen Regelungen der §§ 78,79, 81, 82 Landtagswahlordnung 1978 übernommen, wobei § 88 Abs. 2 ausdrücklich bestimmt, daß für die Berechnung der Fristen § 32 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 gilt.

Zu § 90:

Hier wird eine Wahlkostenvergütung an die Gemeinden in Bauschbeträgen vorgesehen, welche durch Verordnung der Landesregierung festzusetzen sind.

Zu § 91:

Wie bisher sollen die nach diesem Gesetz erforderlichen Eingaben und sonstigen Schriften von landesgesetzlich geregelten Abgaben befreit sein.

Zu § 92:

Hier wird im Sinne einer Gleichbehandlung von Frau und Mann vorgesehen, daß die weibliche Form einer Bezeichnung, die für die jeweilige Funktion vorgesehen ist, verwendet werden kann, wenn Funktionen nach diesem Gesetz von Frauen ausgeübt werden.

Zu § 93:

Hier wird - unter Aufzählung von Ausnahmen - festgelegt, daß die in diesem Gesetz geregelten Angelegenheiten solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde sind.

Zu § 94:

Die Straftatbestände werden in dieser Bestimmung zum Zwecke der Übersichtlichkeit und leichteren Handhabung zusammengefaßt.

Zu § 95:

Mit Inkrafttreten der Landtagswahlordnung 1995 soll die bisher geltende Landtagswahlordnung 1978 außer Kraft treten.